Stadt Sangerhausen

19. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2010 - 2029

Beschlussnummer:

Sangerhausen, den 11.12.2025

Torsten Schweiger
Oberbürgermeister

Der bisher geltende Runderlass zur Haushaltskonsolidierung vom 24.09.2004 (MBl. LSA S. 579) wurde aufgehoben. Er wurde durch einen neuen Runderlass „Hinweise zur Aufstellung und zum Inhalt eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes sowie zum Umgang mit der vorläufigen Haushaltsführung“ vom 30.09.2024 (veröffentlicht im MBl. LSA Nr. 45/2024 vom 23.12.2024) ersetzt.

Er soll den Kommunen als Orientierungshilfe für eine geordnete Haushaltsführung dienen und den Kommunalaufsichtsbehörden einen Maßstab für ihre aufsichtsbehördliche Tätigkeit geben.

Nach § 98 Abs. 1 Satz 1 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen - Anhalt haben Kommunen ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist. Die Versorgung der Einwohnerschaft mit kommunalen Leistungen soll auf Dauer gewährleistet sein. Nach § 98 Abs. 3 Satz 1 des KVG LSA sind Kommunen verpflichtet, ihren Haushalt in jedem Haushaltsjahr in Planung und Rechnung auszugleichen.

In § 100 Abs. 3 bis 5 des KVG LSA sind die nachfolgend dargestellten Tatbestände normiert, bei deren Vorliegen die Pflicht einer Kommune besteht, ein Haushaltskonsolidierungskonzept aufzustellen. Demnach haben Kommunen ein Haushaltskonsolidierungskonzept aufzustellen,

a) nach § 100 Abs. 3 des KVG LSA, wenn der Haushaltsausgleich entgegen den Grundsätzen des § 98 Abs. 3 des KVG LSA nicht erreicht werden kann,

   Der Haushalt ist gemäß § 98 Absatz 3 des KVG LSA ausgeglichen, wenn

   1. im Ergebnishaushalt die Erträge die Höhe der Aufwendungen mindestens erreichen. Dies gilt als erfüllt, wenn ein Fehlbetrag in Planung und Rechnung durch die Inanspruchnahme von Rücklagen aus Überschüssen der Ergebnisse gedeckt werden kann.

   2. im Finanzhaushalt der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit ausreicht, um mindestens die Auszahlungen für die planmäßige Tilgung von Krediten für Investitionen und für zu bilanzierende Investitionsfördermaßnahmen zu decken. Dies gilt als erfüllt, wenn ein Fehlbetrag in Planung und Rechnung durch die Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven gedeckt werden kann.

      Die vorstehende Regelung unter Nr. 2 würde nach der derzeitigen Gesetzeslage zum 01.01.2026 in Kraft treten. Der Städte- und Gemeindebund informierte jedoch seine Mitglieder mit Mail vom 04.11.2025 darüber, dass der Finanzausschuss des Landtages den § 98 Absatz 3 Nr. 2 KVG LSA weiter aussetzt und diesen erst zum 01.01.2028 in Kraft treten lässt.
      Dies war von den Kommunalen Spitzenverbänden gefordert, da der noch fehlende vertikale Finanzausgleich zum FAG noch nicht erfolgt ist und die Erweiterung der Prüfbefugnisse des Landesrechnungshofes gleichfalls auf Kritik stößt. Es bleibt zwar der Beschluss des Landtages abzuwarten, der für Ende Dezember 2025 vorgesehen ist, jedoch sollte das nach Ansicht des Städte- und Gemeindebundes aufgrund der Stellungnahme des Finanzausschusses des Landtages nur eine Formsache sein.

b) nach § 100 Abs. 4 des KVG LSA, wenn die Kommune den Haushaltsausgleich nach § 98 Abs. 3 des KVG LSA erreicht, aber nach § 98 Abs. 5 Satz 2 des KVG LSA überschuldet ist

   Sie ist überschuldet, wenn nach der Haushaltsplanung das Eigenkapital im Haushaltsjahr aufgebraucht wird oder in der Vermögensrechnung ein „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ auszuweisen ist.

c) nach § 100 Abs. 5 des KVG LSA, wenn die Kommune nicht mehr in der Lage ist, innerhalb des mittelfristigen Finanzplanungszeitraumes ihren bestehenden Zahlungsverpflichtungen ohne Überschreiten der Genehmigungsgrenze nach § 110 Abs. 3 des KVG LSA nachzukommen.

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite bedarf im Rahmen der Haushaltssatzung der Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde, wenn er ein Fünftel der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit im Finanzplan übersteigt.

Dem Haushaltskonsolidierungskonzept kommt im Konsolidierungsprozess eine zentrale Bedeutung zu. Die dort vorgesehenen ertrags- oder einzahlungssteigernden und aufwendungs- oder auszahlungsmindernden Maßnahmen dienen dem Zweck, die dauernde Leistungsfähigkeit und damit auch die haushalts- und finanzwirtschaftliche Handlungsfähigkeit wiederzuerlangen. Dies soll durch den Abbau des bestehenden Haushaltsdefizits, die Abwendung drohender Haushaltsdefizite und die Verringerung der Liquiditätskreditinanspruchnahme erreicht werden.

Nach § 100 Abs. 3 Satz 3 des KVG LSA ist der Haushaltsausgleich zum nächstmöglichen Zeitpunkt wiederherzustellen, spätestens jedoch im fünften Jahr, das auf die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung folgt. Maßgeblich für den Beginn des Konsolidierungszeitraums ist die erstmalige Beschlussfassung der Vertretung über ein pflichtiges Haushaltskonsolidierungskonzept.

Gemäß § 100 Abs. 6 des KVG LSA sind dargestellte Maßnahmen gemäß den Absätzen 3 bis 5 für die Kommune grundsätzlich verbindlich. Abweichungen von diesen bindenden Festlegungen und die jährlichen Fortschreibungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind nur zulässig, wenn das Haushaltskonsolidierungsziel auf andere Weise erreicht wird oder sich die Planungsgrundlagen rechtlich oder tatsächlich ändern. Das Haushaltskonsolidierungskonzept ist spätestens mit der Haushaltssatzung von der Vertretung zu beschließen und der Kommunalaufsichtsbehörde mit der Haushaltssatzung vorzulegen.

Der § 100 des KVG LSA schreibt für das Haushaltskonsolidierungskonzept keine bestimmte Form vor.

Entwicklung des Ergebnishaushaltes im Zeitraum 2019 bis 2024

Die Jahresabschlüsse 2013 bis 2018 sind bereits geprüft und vom Stadtrat bestätigt worden. Der Jahresabschluss 2019 befindet sich derzeit in der Endprüfung beim Rechnungsprüfungsamt. Die Jahresabschlüsse 2020 bis 2024 liegen dem Rechnungsprüfungsamt vor.

Die Jahresabschlüsse 2019 bis 2024 weisen folgende Ergebnisse aus:

Jahr	Ordentliche Erträge	Ordentlicher Aufwand	Ordentliches Ergebnis*	Außerordentliche Erträge	Außerordentlicher Aufwand	Außerordentliches Ergebnis*	Jahresergebnis*	Bedarfszuweisung	Bereinigtes Jahresergebnis* (Spalte 8-9)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	in T€								
2019	52.538	46.187	+6.351	250	29	+221	+6.572	5.895	+677
2020	57.624	53.237	+4.386	52	220	-168	+4.218	3.173	+1.045
2021	51.170	48.382	+2.788	0	217	-217	+2.571	2.631	-60
2022	56.004	50.610	+5.394	2	10	-8	+5.386	4.891	+495
2023	56.662	54.059	+2.603	0	148	-148	+2.455	4.143	-1.688
2024	55.566	48.779	+6.787	0	1.020	-1.020	+5.767	0	+5.767

*Jahresfehlbetrag - / Jahresüberschuss +

Aus Spalte 8 der vorstehenden Übersicht ist zu entnehmen, dass Überschüsse zu verzeichnen sind. Diese Überschüsse sind in wesentlichen Teilen auf die Gewährung von Bedarfszuweisungen (Spalte 9) für vorangegangene Jahre zurückzuführen, die gemäß Bewilligungsbescheid ertragswirksam zu buchen waren und damit das jeweilige Jahresergebnis verbessert haben.

Spalte 10 der Tabelle zeigt das Jahresergebnis ohne Berücksichtigung der Bedarfszuweisungen. Anhand dieser ist ersichtlich, dass in den Jahren 2019 bis 2020, 2022 und 2024 dennoch Jahresüberschüsse entstanden sind, die zur Deckung von Fehlbeträgen der Jahre 2021 und 2023 eingesetzt werden konnten.

Auf Grund der Deckung aller Fehlbeträge ergibt sich zum 31.12.2024 erstmalig eine Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses von

5.845.212,80 €.

Dies war aber nur deshalb möglich, weil die Stadt im Haushaltsjahr 2024 einmalige Erstattungen vom Landkreis Mansfeld-Südharz aus der Heilung der Kreisumlagen der Jahre 2017 bis 2020 und 2023 in Höhe von insgesamt 10.106.652 € erhalten hat. Ohne diesen einmaligen Ertrag hätte sich ein enormer Jahresfehlbetrag von 4.261.439,20 € ergeben. Daher wird deutlich, dass die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt weiterhin nicht gesichert ist.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung des Zuschussbedarfes in ausgewählten Produkten.

Produkt	Bezeichnung	Zuschussbedarf laut Rechnungsergebnis						Zuschussbedarf laut Ergebnisplan	
		in T€							
		2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
11110100	Verwaltungssteuerung	1.315	1.467	1.634	1.563	1.676	1.942	2.064	2.492
11130100	Zentrale Dienste	953	920	971	943	945	994	1.082	1.215
11160100	Technikunterstützte Informationsverarbeitung	269	286	270	284	343	430	435	472
11170100	Immobilien-Management	400	394	749	714	745	797	859	958
12240100	Tierheim	128	162	133	128	122	119	130	193
12270100	Einwohner.-, Pass- u. Meldewesen	417	381	372	465	478	437	643	607
12600100	Brandschutz	457	447	408	512	589	632	765	862
21110100	Grundschulen	1.347	1.416	1.489	1.656	1.690	1.679	2.354	1.915
25210100	Museum	300	249	239	248	284	300	313	331
27210100	Bibliothek	205	207	182	168	240	252	272	252
34610100	Wohngeld	246	253	282	345	414	448	585	505
36510100	Kindertagesstätten	3.182	3.155	3.121	4.010	4.566	5.716	6.109	6.642
36610100	Einrichtungen der Jugendarbeit	283	348	323	327	323	344	382	392
42110100	Sportförderung	28	25	34	26	35	27	32	28
42400100	Sportstätten und Bäder	692	664	719	791	881	874	847	1.425
51100100	Räumliche Planungs- u. Entwicklungsmaßnahmen	496	134	404	511	581	740	802	541
54100100	Gemeindestraßen und Verkehrsanlagen	1.814	2.060	1.959	2.274	2.183	2.290	2.304	2.023
54510100	Straßenreinigung/ Winterdienst	431	374	879	458	516	527	628	596
54511100	Straßenbeleuchtung	777	805	745	755	995	747	820	793
55110100	Öffentliches Grün	962	1.004	911	999	1.256	1.185	1.235	1.315
57110100	Wirtschaftsförderung	397	210	242	108	161	245	229	328
57310100	Mehrzweckgebäude/ Öffentliche Einrichtungen	281	244	207	230	276	294	376	411
57510100	Tourismus	321	302	215	401	494	360	505	508

In nahezu allen Bereichen ist der Zuschussbedarf deutlich gestiegen. Besonders extrem ist der Anstieg bei den Kindertagesstätten. Hier hat sich der Zuschussbedarf seit 2019 mehr als verdoppelt. Dies ist im Wesentlichen auf gestiegene Personalaufwendungen, aber auch gestiegene Aufwendungen für Bewirtschaftung und Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen zurückzuführen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Erträge, insbesondere aus allgemeinen Deckungsmitteln und Zuweisungen für laufende Zwecke, in den letzten Jahren gestiegen sind. Noch mehr angestiegen sind aber auch die Aufwendungen. Letztendlich reichen die Mehrerträge nicht aus, um die gestiegenen Aufwendungen/Auszahlungen zu decken.

In den vergangenen Jahren wurden Konsolidierungsmaßnahmen beschlossen und umgesetzt. Trotz sämtlicher Bemühungen haben die Effekte dieser Maßnahmen nie lange Wirkung gezeigt, was insbesondere auf Gesetzesänderungen u.a. im KiföG, auf Tarifsteigerungen sowie die drastischen Preissteigerungen aufgrund des Ukrainekrieges zurückzuführen ist.

Der hohe Instandhaltungsstau in der kommunalen Infrastruktur (Straßen, Gehwege, Brückenbauwerke, Schulen, Kindertagesstätten, Sportstätten für den Schulsport), die Erwartungshaltung der 14 Ortsteile zur Umsetzung der Verpflichtungen aus den Eingliederungsverträgen, die dynamischen Veränderungsprozesse im Digitalpakt, E-Rechnung, in der IT-Landschaft bei allen Anwendungen lassen keine Entlastung erkennen.

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Entwicklungen wesentlicher Erträge/Aufwendungen.

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
	Rechnungsergebnis						Planansatz	
	in T€							
Erträge:								
Grundsteuer B	3.117	3.043	3.133	3.128	3.149	3.158	2.600	2.100
Schlüsselzuweisungen	11.726	11.287	11.835	12.274	11.623	12.124	12.386	12.156
Aufwendungen:								
Personalaufwand	18.906	19.482	20.308	21.759	22.799	25.198	25.818	27.649
Umlage an den Wasserverband für Abwasser	609	286	204	349	330	328	328	303

Jahr	Festgesetzte Kreisumlage vor Rechtsstreit	Kreisumlage vor dem Rechtsstreit abzüglich der bisher erfolgten Rückzahlungen vom Landkreis MSH
2019	11.315.305,00 €	11.232.944,00 €
2020	11.623.360,00 €	10.135.985,00 €
2021	11.553.847,00 €	11.553.847,00 €
2022	11.886.108,00 €	11.886.108,00 €
2023	12.537.307,00 €	6.231.857,00 €
2024	12.651.100,00 €	12.651.100,00 €

Für 2025 liegt ein Festsetzungsbescheid für die zu zahlende Kreisumlage in Höhe von 9.722.752 € vor.

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
	Rechnungsergebnis						Planansatz	
	in T€							
Abschreibungen	4.238	10.756	4.716	4.867	5.111	5.381	5.126	5.889
Auflösung von Sonderposten	2.758	9.490	3.387	3.444	3.648	4.332	3.543	3.720
Saldo	1.480	1.266	1.329	1.423	1.463	1.049	1.583	2.169

Der Saldo aus den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten und den Abschreibungen ist deutlich gestiegen. Dies hängt im Wesentlichen damit zusammen, das Investitionen aus Krediten finanziert wurden. Im Unterschied dazu stehen den Aufwendungen für laufende Abschreibungen bei Investitionen, die aus Fördermitteln und der Investitionspauschale (Sonderposten) finanziert wurden, Erträge aus der Auflösung von Sonderposten gegenüber.

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
	Rechnungsergebnis						Planansatz	
	in T€							
Zinsaufwendungen für Kommunaldarlehen	830	802	782	733	680	880	845	1.060
Zinsaufwendungen Liquiditätskredite	0	0	0	41	292	176	350	236
Insgesamt	830	802	782	774	972	1.056	1.195	1.296

Die Zinsaufwendungen sind deutlich gestiegen. Das resultiert zum einen aus den Zinsen für den Liquiditätskredit, für den seit 2022 wieder Zinsen zu zahlen sind, aber auch aus neuen Kreditaufnahmen.

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
	Rechnungsergebnis						Planansatz	
	in T€							
Ordentliche Tilgung der Kredite	1.291	1.311	1.285	852	864	952	1.278	1.866

Die Auszahlungen für die Tilgung sind deutlich gestiegen. Ursachen sind Kreditaufnahmen.

Entwicklung der Liquidität bis 2025

Grundsätzlich sollte es sich bei Liquiditätskrediten gemäß § 110 (1) des KVG LSA nur um kurzfristige Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit handeln. Bezogen auf die Situation der Stadt Sangerhausen ist jedoch festzustellen, dass es sich hier um langfristige Kredite handelt. Seit dem Jahr 2001 mussten nahezu ununterbrochen Liquiditätskredite in Anspruch genommen werden.

Stand per	Höchstbetrag lt. beschlossener Haushaltssatzung	Höhe der Inanspruchnahme
31.12.2024	15.000.000 €	5.741.300 €
31.10.2025	10.500.000 €	0 €
31.12.2025 Lt. Liquiditätsplanung		7.844.503 €

Am 31.10.2025 ergab sich der äußerst seltene Fall, dass ein Kassenbestand von 610.500,72 € zu verzeichnen war. Anhand der Übersicht zeigt sich, dass dies so nicht bleibt, denn zum Jahresende wird der Liquiditätskredit in oben benannter Höhe voraussichtlich in Anspruch genommen.

Ursprünglich war zum 31.10.2025 eine Inanspruchnahme des Liquiditätskredites von 5.208.351 € geplant. Durch nachfolgende Faktoren musste kein Liquiditätskredit in Anspruch genommen werden:

- vorzeitige Zahlung der Zuweisung nach dem KiFöG in Höhe von 1,1 Mio.€ durch den Landkreis
- vorzeitige Zahlung des Gemeindeanteils an der Umsatz- sowie Einkommensteuer in einer Gesamthöhe von rund 2,3 Mio.€ durch das Land
- durch Bauverzögerungen nicht ausgezahlte Mittel für Investitionen in Höhe von ca. 1,9 Mio.€

Voraussichtliche Entwicklung der Haushaltslage im Zeitraum 2026 bis 2029

Ergebnisplan

Gemäß der Planung für das Haushaltsjahr 2026 und ff. entwickeln sich die Erträge und Aufwendungen voraussichtlich folgendermaßen:

	2026	2027	2028	2029
Erträge	59.662.300 €	55.136.200 €	54.470.800 €	54.433.600 €
Aufwendungen	61.605.500 €	55.136.200 €	54.457.500 €	54.417.200 €
Fehlbedarf/Überschuss	-1.943.200 €	0 €	13.300 €	16.400 €

Wie die Übersicht zeigt, ist der Ergebnisplan 2026 nicht ausgeglichen. Die fehlenden 1.943.200 € können nach derzeitigem Stand durch eine Entnahme aus der Rücklage gedeckt werden. Im Zeitraum 2027 bis 2029 sind voraussichtlich keine Fehlbeträge zu erwarten.

Finanzplan laufende Verwaltungstätigkeit

Laut Finanzplan werden aus der laufenden Verwaltungstätigkeit folgende Überschüsse erwartet:

2026	2027	2028	2029
0 €	831.600 €	826.400 €	858.100 €

Gemäß § 8 (3) KomHVO LSA sollen die Ein- und Auszahlungen so geplant werden, dass die Einzahlungen mindestens die Höhe der Auszahlungen erreichen.

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite bedarf im Rahmen der Haushaltssatzung der Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde, wenn er ein Fünftel der Einzahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit im Finanzplan übersteigt.

Für das Haushaltsjahr 2025 wurde der Höchstbetrag für die Inanspruchnahme des Liquiditätskredites auf 10.500.000 € festgesetzt. Da er ein Fünftel der Einzahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit nicht überstieg, war er genehmigungsfrei.

Im Haushaltsjahr 2026 wird der Höchstbetrag auf 11.061.900 € festgesetzt und ist somit genehmigungsfrei. Die Einzahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit belaufen sich nach der Planung für das Jahr 2026 auf 55.309.800 €. Ein Fünftel davon sind 11.061.960 €.

Anzumerken ist hier, dass der Höchstbetrag des Liquiditätskredites grundsätzlich nicht nur unter der Genehmigungsfreigrenze liegt, sondern die Inanspruchnahme des Liquiditätskredites lediglich eine Ausnahme sein und die Kommune über so viel Geldbestände verfügen sollte, dass sie ihren Zahlungsverpflichtungen jederzeit ohne Zuhilfenahme des Liquiditätskredites nachkommen kann.

Laut Finanzplan würde sich die Inanspruchnahme des Liquiditätskredites wie folgt entwickeln:

Jahr	Einzahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit	Genehmigungsfreier Höchstbetrag des Liquiditätskredites (1/5 des Betrages in Spalte 1)	Planmäßig erforderliche Liquiditätskredite	Überschreitung Höchstbetrag (Spalte 3–Spalte 4)
1	2	3	4	5
2027	50.951.700 €	10.190.340 €	12.948.900 €	-2.758.560 €
2028	50.445.200 €	10.089.040 €	14.855.200 €	-4.766.160 €
2029	50.649.700 €	10.129.940 €	16.779.000 €	-6.649.060 €

Die darin enthaltene Tilgung kann nicht erwirtschaftet werden und müsste nach derzeitigem Stand aus dem Liquiditätskredit finanziert werden. Dies wiederum würde zum Ansteigen des Liquiditätskredites, und das über die Genehmigungsfreigrenze hinaus, führen. Somit wird dem § 110 Abs. 3 KVG LSA nicht entsprochen, so dass die Stadt nach § 100 Abs. 5 KVG LSA in der Pflicht ist, ein Haushaltskonsolidierungskonzept fortzuschreiben.

Die Stadt muss Maßnahmen zur Erzielung von Mehrerträgen sowie Mehreinzahlungen und/oder Minderaufwendungen sowie Minderauszahlungen festlegen, die sicher stellen, dass die Zahlungsfähigkeit aufrechterhalten wird ohne die Genehmigungsgrenze des Liquiditätskredites zu überschreiten.

Bezüglich der Festsetzung der Kreisumlage sind für die Stadt Sangerhausen die Festsetzung für 2017, 2018, 2019 und 2020 sowie 2024 für die Vergangenheit rechtshängig. Aktuell laufen über die Anwälte Vergleichsverhandlungen, die mit Blick auf bereits geschlossene Vergleiche in anderen Landkreisen (z. B. Salzlandkreis) eine nicht unerhebliche Rückzahlung erwarten lassen, die sich gleichwohl haushaltskonsolidierend auswirken wird. Die tatsächlich für die Stadt Sangerhausen anrechenbare Höhe bleibt dem Ergebnis der Vergleichsverhandlung geschuldet und ist der Höhe nach nicht abschließend bezifferbar.

Die Stadt Sangerhausen setzt sich mit den Hinweisen zur Aufstellung und zum Inhalt eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes, in Anlehnung an den Runderlass vom 30.09.2024, auseinander. Eine erste Überprüfung der dort formulierten Hinweise lassen aktuell keine ausdrücklichen Konsolidierungsansätze erkennen, die zeitnah umsetzbar sind. Gleichwohl bleibt es laufende Aufgabe der Verwaltung, die dort beschriebenen Handlungsoptionen weiter zu prüfen, um darauf Konsolidierungspotenzial zur erschließen.

Verzeichnis der Anlagen:

Anlage 1	Übersicht über die fälligen Forderungen
Anlage 2	Entwicklung der Schlüsselzuweisungen im Verhältnis zur Kreisumlage
Anlage 3	Übersicht über die freiwilligen Aufgaben 2026
Anlage 4	Handlungsoptionen für Kommunen zur Reduzierung an Aufwand und Auszahlungen sowie zur Verbesserung von Erträgen und/oder Einzahlungen
Anlage 5	Vergleich der Zuschussbedarfe der einzelnen Produktbereiche der Mittelzentren in Sachsen-Anhalt gemäß Haushaltsplanung 2025 - Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt/Haushaltskennziffernsystem
Anlage 6	Auswertung der Daten des Haushaltskennziffernsystems

Anlage 1

Forderungsübersicht

Stadt Sangerhausen – 19. FS HKK

Forderungsmanagement zur Fälligkeit 30.10.2025

Stand: 04.11.2025

Art der Forderung	Höhe der Steuern, Gebühren und Beiträge in Jahresscheiben		
	Vorvorjahr (2023) inkl. Reste	Vorjahr (2024)	Lfd. HHJahr (2025)
Grundsteuer A	7.041,23 €	35,56 €	2.774,92 €
Grundsteuer B	139.018,93 €	6.902,07 €	6.337,02 €
Gewerbesteuer	430.394,45 €	58.868,74 €	73.428,22 €
Hundesteuer	25.080,57 €	2.377,48 €	4.953,39 €
Vergnügungssteuer	19.668,49 €	0,00 €	13.714,27 €
Straßenausbaubeiträge	8.758,94 €	0,00 €	0,00 €
Straßenreinigungsgebühren	254,63 €	9,94 €	0,00 €
Benutzungsgebühren Kindereinrichtung	27.293,79 €	3.480,50 €	7.882,54 €
Friedhofsgebühren	12.591,00 €	2.192,60 €	2.297,20 €
Sonstige	406.749,86 €	63.826,78 €	788.714,62 €
Gesamt:	**1.076.851,89 €**	**137.693,67 €**	**900.102,18 €**

Erläuterungen zu nicht beitreibbaren Forderungen:

Oben genannte Forderungen enthalten Beträge, welche aufgrund von Insolvenzverfahren oder fruchtlosen Vollstreckungsversuchen nicht beitreibbar sind. Diese wurden mittels nachfolgender Wertberichtigungen gegengebucht (befristet und unbefristet niedergeschlagen).

Art der Forderung	Höhe der Wertberichtigungen		
	Vorvorjahr (2023) inkl. Reste	Vorjahr (2024)	Lfd. HHJahr (2025)
Grundsteuer A	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Grundsteuer B	72.029,20 €	53,70 €	0,00 €
Gewerbesteuer	304.603,50 €	506,72 €	0,00 €
Hundesteuer	11.553,06 €	476,67 €	60,00 €
Vergnügungssteuer	19.668,49 €	0,00 €	0,00 €
Straßenausbaubeiträge	1.958,57 €	0,00 €	0,00 €
Straßenreinigungsgebühren	244,69 €	0,00 €	0,00 €
Benutzungsgebühren Kindereinrichtung	7.442,21 €	49,00 €	98,00 €
Friedhofsgebühren	515,00 €	0,00 €	0,00 €
Sonstige	105.979,74 €	4.266,30 €	5,00 €
Gesamt:	**523.994,46 €**	**5.352,39 €**	**163,00 €**

Anlage 2

Entwicklung der Schlüsselzuweisungen im Verhältnis zur Kreisumlage

Entwicklung der Schlüsselzuweisungen und Kreisumlage Sangerhausen und Ortschaften

Jahr	Einwohner per 31.12.	Schlüssel-zuweisungen	Zuweisung zur Stärkung der kommunalen Finanzkraft	Sonder-zuweisung nach § 12a FAG	**Zuweisungen Gesamt**	**Kreisumlage Gesamt**	prozentualer Anteil der Kreisumlage an Zuweisungen	**Zuweisungen pro Einwohner**	**Kreisumlage pro Einwohner**
2006	32.835	10.429.493 €			**10.429.493 €**	**6.219.948 €**	59,64%	**317,63 €**	**189,43 €**
2007	32.200	11.467.045 €			**11.467.045 €**	**6.606.754 €**	57,62%	**356,12 €**	**205,18 €**
2008	31.675	12.094.509 €			**12.094.509 €**	**8.342.293 €**	68,98%	**381,83 €**	**263,37 €**
2009	31.153	12.530.528 €			**12.530.528 €**	**8.627.038 €**	68,85%	**402,23 €**	**276,92 €**
2010	30.648	9.979.880 €			**9.979.880 €**	**9.508.787 €**	95,28%	**325,63 €**	**310,26 €**
2011	30.140	10.345.649 €			**10.345.649 €**	**10.010.747 €**	96,76%	**343,25 €**	**332,14 €**
2012	29.679	9.953.061 €			**9.953.061 €**	**10.224.526 €**	102,73%	**335,36 €**	**344,50 €**
2013	28.627	10.472.061 €			**10.472.061 €**	**10.760.115 €**	102,75%	**365,81 €**	**375,87 €**
2014	28.189	10.595.908 €			**10.595.908 €**	**11.201.952 €**	105,72%	**375,89 €**	**397,39 €**
2015	27.830	9.525.236 €	323.107 €		**9.848.343 €**	**10.864.475 €**	110,32%	**353,88 €**	**390,39 €**
2016	27.546	8.458.165 €	323.107 €	956.692 €	**9.737.964 €**	**10.789.529 €**	110,80%	**353,52 €**	**391,69 €**
2017	27.752	10.502.520 €			**10.502.520 €**	**9.191.578 €**	87,52%	**378,44 €**	**331,20 €**
2018	27.265	12.185.019 €			**12.185.019 €**	**9.375.351 €**	76,94%	**446,91 €**	**343,86 €**
2019	26.798	11.725.959 €			**11.725.959 €**	**11.232.944 €**	95,80%	**437,57 €**	**419,17 €**
2020	26.297	11.286.760 €			**11.286.760 €**	**10.135.985 €**	89,80%	**429,20 €**	**385,44 €**
2021	25.963	11.835.108 €			**11.835.108 €**	**11.553.847 €**	97,62%	**455,85 €**	**445,01 €**
2022	25.703	12.274.165 €			**12.274.165 €**	**11.886.108 €**	96,84%	**477,54 €**	**462,44 €**
2023	25.419	11.622.517 €			**11.622.517 €**	**6.231.854 €**	53,62%	**457,24 €**	**245,17 €**
2024	25.441	12.124.122 €			**12.124.122 €**	**12.651.100 €**	104,35%	**476,56 €**	**497,27 €**
2025	25.650	12.155.820 €			**12.155.820 €**	**9.722.752 €**	79,98%	**473,91 €**	**379,05 €**

Anlage 3

Freiwillige Aufgaben 2026

Stadt Sangerhausen – 19. FS HKK

Prozentualer Anteil des Zuschußbedarfs freiwillige Aufgaben zum Zuschussbedarf gesamt:	
Zuschussbedarf freiwillig / Zuschussbedarf Gesamt	0,113778195

nachrichtlich:	
Zuschussbedarf freiwillig / Auszahlungen laufende Rechnung	0,084652846
Zuschussbedarf freiwillig / Auszahlungen insgesamt	0,059029656

Zuschussbedarf freiwillig / Einzahlungen laufende Rechnung	0,084652846
Zuschussbedarf freiwillig / Einzahlungen insgesamt	0,060705051

Kommune:		Sangerhausen / Haushaltsjahr 2026	
lfd. Rechnung bzw. Verwaltungshaushalt			
	Konten-bereich, Kontengruppe bzw. Konto	**Bezeichnung**	**Gesamt (alle Produkte)**
+	70	Personalauszahlungen	26.666.500,00
+	71	Versorgungsauszahlungen	986.700,00
+	72	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	8.000.200,00
+	73	Transferauszahlungen	13.197.900,00
+	74	Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	5.137.200,00
+	75	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	1.321.300,00
-	7311	Zuweisungen an das Land	0,00
-	7321	Schuldendiensthilfen an das Land	0,00
-	7341	Gewerbesteuerumlage	805.000,00
-	7351	allgemeine Zuweisungen an das Land	0,00
-	7371	allgemeine Umlagen an das Land	0,00
-	7451	Erstattungen für die Auszahlungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit an das Land	0,00
-	7511	Zinsauszahlungen an das Land	0,00
-	614	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	10.939.600,00
-	6182	Allgemeine Umlagen von Gemeinden	0,00
-	619	Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen (z.B. Zahlungen Bund für SGB II)	0,00
-	62	Sonstige Transferleistungen	0,00
-	63	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.429.600,00
-	64	Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen, und Kostenumlagen	2.753.700,00
-	65	Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.263.000,00
-	66	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	466.000,00
+	6141	Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land	4.444.400,00
+	6231	Schuldendiensthilfen vom Land, (nicht berücksichtigt wg. STARK II (Tilgungsbeitrag 30%))	0,00
+	6481	Einzahlungen aus Kostenerstattungen vom Land	54.100,00
+	6611	Zinseinzahlungen vom Land	0,00
+	6692	Steuererstattungen (z.B. Teilerstattung der Gewerbesteuerumlage vom Land) **KONTO ab 2016 GESTRICHEN**	0,00
Zuschussbedarf IV			**41.151.400,00 €**

nachrichtlich:	
Auszahlungen laufende Rechnung	55.309.800,00
Auszahlungen insgesamt	79.318.300,00

Einzahlungen laufende Rechnung	55.309.800,00
Einzahlungen insgesamt	77.129.200,00

lfd. Rechnung bzw. Verwaltungshaushalt

Konten-bereich, Kontengruppe bzw. Konto		Produktbereich, Produkt																				
		111	126	127	128	221	231	241	242	251	252	253	261	262	263	271	272	273	281	291	311	312	313
+	70	804.232,00	0,00	X	0,00	0,00	X	0,00	X	221.100,00	202.900,00	1.439.600,00	0,00	0,00	0,00	0,00	196.700,00	X	73.400,00	0,00	X	0,00	0,00
+	71	0,00	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
+	72	38.900,00	3.300,00	X	0,00	0,00	X	0,00	X	1.200,00	171.800,00	375.700,00	8.400,00	0,00	0,00	0,00	60.700,00	X	30.300,00	0,00	X	0,00	0,00
+	73	0,00	2.400,00	X	0,00	0,00	X	X	0,00	0,00	1.400,00	0,00	0,00	0,00	0,00	X	0,00	X	33.900,00	0,00	X	0,00	0,00
+	74	26.900,00	0,00	X	0,00	X	X	0,00	X	400,00	24.400,00	4.400,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.500,00	X	6.000,00	0,00	X	0,00	0,00
+	75	0,00	0,00	X	0,00	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	0,00	X	0,00	X	X	X	X
-	7311	0,00	X	X	0,00	X	X	0,00	X	X	0,00	X	X	X	X	X	X	X	0,00	X	X	0,00	X
-	7321	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
-	7341	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
-	7351	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
-	7371	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
-	7451	0,00	X	0,00	0,00	X	X	X	X	X	0,00	X	X	X	X	X	X	X	X	X	0,00	X	X
-	7511	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
-	614	X	X	X	0,00	X	X	X	X	98.200,00	100.000,00	270.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4.000,00	X	0,00	X	X	0,00	0,00
-	6182	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
-	619	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
-	62	0,00	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
-	63	0,00	0,00	X	0,00	X	X	X	X	0,00	10.000,00	6.500,00	4.000,00	0,00	0,00	0,00	5.400,00	X	0,00	X	X	X	X
-	64	0,00	0,00	X	0,00	0,00	X	0,00	X	0,00	4.400,00	251.300,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	X	6.600,00	0,00	X	0,00	X
-	65	0,00	0,00	X	0,00	X	X	X	X	X	0,00	0,00	0,00	0,00	X	X	900,00	X	0,00	X	X	X	0,00
-	66	0,00	0,00	X	0,00	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	0,00	X	X	X	X
+	6141	0,00	0,00	X	0,00	0,00	0,00	0,00	X	98.200,00	100.000,00	20.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	X	0,00	X	0,00	0,00	0,00
+	6231	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
+	6481	0,00	0,00	X	0,00	0,00	0,00	X	X	0,00	X	X	X	X	0,00	0,00	0,00	X	0,00	X	0,00	X	0,00
+	6611	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
+	6692	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Zuschuss-bedarf IV		**870.032,00 €**	**5.700,00 €**	**0,00 €**	**0,00 €**	**0,00 €**	**0,00 €**	**0,00 €**	**0,00 €**	**222.700,00 €**	**386.100,00 €**	**1.311.900,00 €**	**4.400,00 €**	**0,00 €**	**0,00 €**	**0,00 €**	**250.500,00 €**	**0,00 €**	**137.000,00 €**	**0,00 €**	**0,00 €**	**0,00 €**	**0,00 €**

In diese Produktgruppen bitte nur die tatsächlich für freiwillige Leistungen ausgegebenen Beträge eintragen.

In diese Produktgruppen bitte je Konto/Kontengruppe oder Kontenbereich den jeweiligen Gesamtbetrag eintragen. Sofern in diesen Produktgruppen geringere Beträge als der Gesamtbetrag eingetragen werden, ist es zwingend erforderlich, dass diese Abweichung ausführlich begründet wird. (z.B. wenn auch pflichtige Leistungen in dieser Produktgruppe gebucht wurden)

X Nach Auswertungen der Jahresrechnungsstatistiken der Jahre 2015 und 2016 ergaben sich für diese Konten/Produktgruppe keine Zahlungen. Nur sofern hier tatsächlich Leistungen erbracht wurden, sind diese einzutragen.

Nur Sofern die Kalkulation der Friedhofsgebühren nicht kostendeckend erfolgte, ist hier der von der Kommune freiwillig übernommene Kostenanteil darzulegen.

	lfd. Rechnung																					
	Konten-bereich, Kontengruppe bzw. Konto			Produktbereich, Produkt																		
		315	331	341	343	344	351	361	362	363	366	367	411	412	414	418	421	424	522	523	531	532	534
+	70	0,00	0,00	0,00	0,00	X	0,00	0,00	79.100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	309.800,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
+	71	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
+	72	0,00	0,00	X	0,00	X	0,00	0,00	29.500,00	0,00	17.400,00	0,00	X	0,00	0,00	0,00	14.400,00	288.300,00	0,00	20.300,00	0,00	0,00	0,00
+	73	90.900,00	78.400,00	0,00	X	X	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	X	X	0,00	0,00	1.400,00	208.800,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
+	74	0,00	0,00	X	0,00	X	0,00	0,00	0,00	0,00	121.200,00	0,00	X	0,00	X	0,00	0,00	333.100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
+	75	0,00	X	X	X	X	X	X	0,00	X	0,00	X	X	X	X	X	X	0,00	0,00	0,00	0,00	X	X
-	7311	X	X	X	X	X	X	X	X	0,00	X	X	0,00	X	X	0,00	X	0,00	X	0,00	X	X	0,00
-	7321	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
-	7341	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
-	7351	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
-	7371	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
-	7451	X	X	X	0,00	X	0,00	X	0,00	X	0,00	X	X	X	X	0,00	X	X	0,00	0,00	0,00	X	0,00
-	7511	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
-	614	0,00	0,00	0,00	X	X	0,00	0,00	41.900,00	0,00	0,00	0,00	X	X	X	X	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	X	X
-	6182	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
-	619	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
-	62	0,00	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
-	63	0,00	0,00	X	X	X	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	X	X	X	0,00	0,00	2.000,00	0,00	0,00	0,00	X	X
-	64	0,00	0,00	X	0,00	X	0,00	0,00	6.600,00	0,00	0,00	0,00	X	0,00	X	0,00	0,00	57.600,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
-	65	0,00	0,00	0,00	X	X	0,00	X	0,00	0,00	0,00	0,00	X	X	X	X	0,00	0,00	0,00	X	700.000,00	45.000,00	0,00
-	66	X	X	X	X	X	X	X	X	X	0,00	X	X	X	X	X	X	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
+	6141	0,00	X	0,00	X	X	X	0,00	18.900,00	0,00	0,00	0,00	0,00	X	0,00	0,00	X	0,00	0,00	0,00	0,00	X	X
+	6231	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
+	6481	0,00	X	0,00	0,00	X	X	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	X	X	X	0,00	X	X	0,00	0,00	0,00	X	X
+	6611	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
+	6692	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
	Zuschuss-bedarf IV	90.900,00 €	78.400,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	79.000,00 €	0,00 €	138.600,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	15.800,00 €	1.080.400,00 €	0,00 €	20.300,00 €	-700.000,00 €	-45.000,00 €	0,00 €

lfd. Rechnung														
Konten-bereich, Kontengruppe bzw. Konto		Produktbereich, Produkt												
		535	542	543	545	546	547	548	551	555	571	573	575	553* siehe Hinweis	Summe Produkte
+	70	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	75.400,00	0,00	300.300,00	17.200,00	0,00	250.000,00	3.969.732,00
+	71	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	0,00
+	72	0,00	0,00	0,00	79.000,00	42.700,00	4.700,00	0,00	71.500,00	103.300,00	14.200,00	394.200,00	2.400,00	362.800,00	2.135.000,00
+	73	0,00	0,00	0,00	X	X	0,00	0,00	0,00	0,00	7.700,00	0,00	457.800,00	0,00	882.700,00
+	74	0,00	0,00	X	25.000,00	40.600,00	0,00	0,00	100,00	0,00	4.400,00	4.100,00	1.500,00	7.200,00	602.800,00
+	75	X	0,00	X	X	0,00	0,00	0,00	X	X	0,00	0,00	0,00	X	0,00
-	7311	X	0,00	0,00	0,00	X	X	0,00	0,00	X	0,00	0,00	0,00	X	0,00
-	7321	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	0,00
-	7341	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	0,00
-	7351	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	0,00
-	7371	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	0,00
-	7451	X	0,00	0,00	0,00	0,00	X	0,00	0,00	0,00	0,00	X	X	X	0,00
-	7511	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	0,00
-	614	X	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	40.000,00	0,00	0,00	554.100,00
-	6182	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	0,00
-	619	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	0,00
-	62	X	X	X	X	0,00	X	X	X	X	0,00	X	X	X	0,00
-	63	0,00	0,00	0,00	40.000,00	268.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	28.000,00	13.800,00	478.000,00	855.700,00
-	64	0,00	0,00	X	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	203.200,00	0,00	8.000,00	0,00	71.300,00	609.100,00
-	65	0,00	0,00	X	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	745.900,00
-	66	0,00	0,00	X	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	X	0,00	440.000,00	0,00	0,00	440.000,00
+	6141	X	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	40.000,00	0,00	0,00	277.100,00
+	6231	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	0,00
+	6481	X	0,00	0,00	0,00	0,00	X	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	19.600,00	19.600,00
+	6611	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	0,00
+	6692	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	0,00
Zuschuss-bedarf IV		0,00 €	0,00 €	0,00 €	64.000,00 €	-184.700,00 €	4.700,00 €	0,00 €	147.000,00 €	-99.900,00 €	326.600,00 €	-60.500,00 €	447.900,00 €	90.300,00 €	4.682.132,00 €

Anlage 4

Handlungsoptionen für Kommunen zur Reduzierung von Aufwand und Auszahlungen sowie zur Verbesserung von Erträgen und/oder Einzahlungen

Stadt Sangerhausen – 19. FS HKK

Handlungsoptionen für Kommunen zur Reduzierung an Aufwand und Auszahlungen sowie zu Verbesserungen von Erträgen und/oder Einzahlungen

Produkt-klasse	**Produktbereich/ Produktgruppe/Produkt**	**Thema**	**Maßnahme**
1 Zentrale Verwaltung			
	11 Innere Verwaltung		
	1111 Steuerung der Verwaltung		
	1111	Sitzungseinberufung	Elektronische Einberufung samt Unterlagenversand zu Sitzungen (§ 53 Abs. 4 KVG LSA), Umstellung auf digitale Vertretungsarbeit mit webbasierendem Vertretungsinfo-Portal
	1111	Ausschüsse	Verkleinerung oder Zusammenlegung von Ausschüssen (§§ 46, 47 KVG LSA)
	1111	Ortschaftsräte	Verkleinerung von Ortschaftsräten (§ 83 KVG LSA)
	1111	Verdienstausfall	Höchstgrenzen maßvoller Verdienstausfallpauschalen durch Satzung bestimmen (§ 35 Abs. 1 KVG LSA)
	1111	Aufwandsentschädigung	Aufwandsentschädigungen am unteren Rand der Erlasslage festsetzen (§ 35 Abs. 2 KVG LSA)
	1111	Fraktionen	Fraktionszuschüsse auf das unabdingbare Maß reduzieren
	1111		Keine Haftung für Fraktionsverbindlichkeiten übernehmen
	1111	Sitzungen	Reduzierung der Sitzungen von Vertretung und Ausschüssen auf das unbedingt nötige Maß (§ 53 Abs. 3 KVG LSA)
	1111	Protokoll	Protokollierung von Sitzungen auf Mindestinhalt beschränken (§ 58 Abs. 1, 4 KVG LSA)
	1111	Beschlussvorlagen	In Beschlussvorlagen mögliche Alternativen mit Vor- und Nachteilen und (langfristigem) Ertrag oder Aufwand unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung zur wirtschaftlich fundierten Entscheidungsfindung darstellen (§ 65 Abs. 1 KVG LSA)
	1111	Bekanntmachungsblatt	Amtliches Bekanntmachungsblatt durch Werbemöglichkeit im Lokalteil rentierlich gestalten, Veröffentlichungen im Amtsblatt des Landkreises
	1111	Gleichstellungsbeauftragte	Hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte bedarfsabhängig gegebenenfalls in Teilzeit beschäftigen
	1111		Aufgaben Datenschutz-, Gleichstellungs-, Behinderten-, Senioren- und Integrationsbeauftragte gegebenenfalls in einer Person verbinden; interkommunale organisieren
	1111	Öffnungszeiten	Öffnungszeiten der Verwaltung bedarfsabhängig beschränken, Schließung an Brückentagen
	1111	Bürgerbüros	Einsatz mobiler Bürgerbüros nur bei Bedarf und hinreichender Auslastung
	1111		Gemeinsames Bürgerbüro von Kreis- und Gemeindeverwaltung betreiben

Produkt-klasse	**Produktbereich/ Produktgruppe/Produkt**	**Thema**	**Maßnahme**
	1111	Außenstellen	Außenstellen der Verwaltung und Bürgerbüros nur bei unabweisbarem Bedarf und hinreichender Auslastung vorhalten
	1111	Elektronische Verwaltung	Prozessoptimierung durch Einführung von E-Gouvernement, Internetangebote der Verwaltung extensiv ausbauen
	1111	Bezügeabrechnung	Lohn- und Gehaltsabrechnungen in interkommunaler Zusammenarbeit erledigen
	1111	Empfänge	Neujahrsempfänge überdenken oder gemeinsam mit Nachbarkommune(n) organisieren
	1111	Öffentlichkeitsarbeit	Reduzierung des Aufwands für Öffentlichkeitsarbeit (zum Beispiel Broschüren, Messeteilnahmen)
	1111	Geschenke	Verringerung des Aufwands für Ehrungen (zum Beispiel Ehrengeschenke)
	1111	Städtepartnerschaften	Bei Städtepartnerschaften Fahrtzuschüsse überprüfen, Selbstbeteiligung für private Anteile der Delegationsteilnehmer, Ausdehnung der Besuchsintervalle, Verkleinerung der Reisedelegationen Übertragung von Aufgaben der Partnerschaftspflege an Vereine
	1112 Finanzmanagement, Rechnungswesen, Rechnungsprüfung		
	1112	Haushaltsführung	Instrument der haushaltswirtschaftlichen Sperre einsetzen und Unabweisbarkeitsvoraussetzungen restriktiv handhaben (§ 27 GemHVO Doppik)
	1112	Nachtragshaushalt	Nachtragshaushalte und damit verbundenen Personal- und Sachaufwand soweit nach § 103 Abs. 3 KVG LSA zulässig möglichst vermeiden und stattdessen mit über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen operieren (§ 105 KVG LSA)
	1112	Konto	Kontoführungsgebühren nach Angebotsvergleich vermeiden
	1112	Finanzverwaltung	Prüfen, ob Teile der Finanzverwaltung (etwa Kasse oder die Bearbeitung von Steuern und Abgaben) in Kooperation mit Nachbarkommunen durchgeführt werden können
	1112	Bürgschaften	Bürgschaftsrisiken minimieren. Bestandserfassung der noch valutierenden Höhen. Weitestmöglich Aufhebung anstreben.
	1112	Verschuldung	Netto-Neuverschuldung (Kredite einschließlich Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften) ausschließen, hohe Verschuldung abbauen, Neuverschuldung nur bei Unabweisbarkeit oder Rentierlichkeit (sämtlicher) investiver Maßnahmen.
	1112	Liquiditätsmanagement	Laufend aktualisierte Liquiditätsplanung zur Vermeidung von Liquiditätskrediten nebst Zinsaufwand
	1112		Cash-Pooling-Verfahren in Gestalt eines konzerninternen Liquiditätsausgleichs einrichten, um Zinsvorteile zu erreichen. Soweit wie möglich die Inanspruchnahme der Geld- und Kapitalmärkte vermeiden und stattdessen bestehende Guthaben und Kredite zwischen Kernhaushalt und Auslagerungen miteinander verrechnen. Verbleibende Guthaben nicht zinslos auf Girokonto belassen, sondern kurzfristig sicher (Tagesgeld) anlegen. Zinsen auf innere Liquiditätskredite und innere Darlehen nur soweit rechtlich verpflichtend leisten.

Produkt-klasse	**Produktbereich/ Produktgruppe/Produkt**	**Thema**	**Maßnahme**
	1112	Schuldenmanagement	Schuldenmanagement zur Minderung des Zinsaufwands einführen, Aufnahme kleinerer Einzeldarlehen vermeiden, Langfriststrategie schaffen. Auch überörtliche Angebote von Kreditinstituten oder Finanzdienstleistern einholen.
	1112	Kreditaufnahme	Kompetenzen zur Kredit- und Liquiditätsaufnahme zentralisieren. Dienstanweisung zur Begrenzung von Risiken, wie Liquiditäts-, Zins-, Währungs- oder Bonitätsrisiko
	1112	Umschuldung	Umschuldungen zur Minderung des Zinsaufwands bei Investitionsdarlehen vornehmen, wenn dies unter Berücksichtigung der Vorfälligkeitsentschädigung vorteilhaft ist.
	1112	Tilgung	Tilgungsstreckungen zur Anpassung an Abschreibungszeiträume (durchschnittliche rechnerische Tilgungsdauer bis zur durchschnittlichen Abschreibungsdauer des gesamten abnutzbaren Anlagevermögens) vornehmen, gegebenenfalls mit Zinsfest-schreibung bis zur Endfälligkeit
	1112	PPP	Bei kreditähnlichen Rechtsgeschäften stets die Vor- und Nachteile gegenüber dem Kommunalkredit abwägen
	1112	Forderungsmanagement	Verbesserung des Forderungsmanagements, zeitnahe und zentrale Kontrolle des Forderungsbestands, gegebenenfalls Forderungsinventur in Fachbereichen, konse-quente Beitreibung von Außenständen.
	1112		Übertragung des Mahnwesens als Teil der Kassengeschäfte an einen externen Dienstleister (§ 117 Abs. 1 KVG LSA)
	1112		Überprüfung der Praxis bei Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen
	1112		Grundsätzlich Kostenvorschuss bei (insbesondere antragsbedürftigen) Amtshandlungen (§ 7 Abs. 2 VwKostG LSA), Mieten für Veranstaltungsräume und Ähnliches erheben
	1112	Skonto	Verstreichen von Skonto-Fristen vermeiden
	1112	Finanzcontrolling	Einführung eines Vertragscontrollings mit zentraler Erfassung aller Verträge, aus denen sich wiederkehrende Forderungen oder Verbindlichkeiten ergeben. Wirtschaftlichkeits-prüfung aller Verträge. Zentrale Überwachung von Kündigungsfristen, der Einhaltung von Auflagen sowie eventueller Risikofaktoren.
	1112		Einführung eines Investitionscontrollings als Teil des betrieblichen Controllings, um verschiedene Investitionseinzelentscheidungen vernetzen und im Hinblick auf das Gesamtsystem analysieren zu können.
	1112	Dienstleistungen Außenstehender	Verzicht auf Geschäftsbesorgungsverträge, die nicht unabweisbar sind (zum Beispiel Rechtsanwaltsbeauftragungen trotz eigenen Rechtsamts mit Volljuristen)
	1112	Beteiligungsmanagement	Überprüfung der Konzernstruktur auf Erforderlichkeit und Effizienz (Risiken, Zuschuss-erhöhung/Ertragsminderung) sowie unter steuerlichen Gesichtspunkten (gegebenen-falls Ermöglichung steuerlicher Querverbund).
	1112		Strikte Rückführung der Betätigung von Gesellschaften auf ihren eigentlichen Unter-nehmensgegenstand. Kritische Prüfung von Spenden, Sponsoring, Werbung, Repräsen-tation sowie Anstellungsbedingungen und Zusatzvereinbarungen der Geschäftsführung

Produkt-klasse	**Produktbereich/ Produktgruppe/Produkt**	**Thema**	**Maßnahme**
	1112		Gesellschaften und Beteiligungen nach Wirtschaftlichkeitsprüfung (Zuschussbedarf oder Ertragserwartung, Verminderung von Steuerungs- und Überwachungskosten sowie Risiken) zur Schuldentilgung veräußern
	1112		Prüfung der Aufhebung von Eigenbetrieben und anderen öffentlichen Unternehmen (da auch im Kernhaushalt mittlerweile kaufmännisch gerechnet wird) zur Einsparung doppelter Prüfungsentgelte (örtliche Prüfung und Abschlussprüfer nach Handelsrecht)
	1113 Zentrale Dienste		
	1113	Dienstwagen	Zusammenführung, Reduzierung (Stückzahl und Fahrzeuggröße) sowie Abschaffung (gegebenenfalls Veräußerung) der Dienstwagenflotte
	1113		Dienstfahrten mit Privat-PKW gegen Kostenerstattung grundsätzlichen Vorrang vor Vorhaltung kommunalen Fuhrparks einräumen
	1113		Bei unentbehrlichen Neuanschaffungen prüfen, ob Erwerb oder Leasing wirtschaftlicher
	1113		Finanzierung von Fahrzeugen durch Werbung
	1113		Grundsätzlicher Verzicht auf Dienstwagenfahrer, gegebenenfalls dessen Einsatz für verschiedene Aufgaben
	1113	Bauhof	Bauhof grundsätzlich nur im Umfang eines Hilfsbetriebs vorhalten. Wirtschaftlichkeits-vergleich zu teilweiser oder gänzlicher Privatisierung
	1113		Bauhof in interkommunaler Zusammenarbeit durchführen
	1113		Keine Beauftragung Privater mit Leistungen, die auch der Bauhof erbringen könnte
	1113		Fuhrpark nur in unabweisbar geringem Umfang anschaffen, gegebenenfalls gemeinsam mit Nachbarkommune. Miet- und Leasingvarianten prüfen.
	1113	Beschaffung	Ausgabenreduzierung bei Büroartikeln. Gegebenenfalls Sortimentsverkleinerung. Vereinheitlichung von Bestellungen. Sammelbestellungen. Realisierung von Einkaufs-gemeinschaften im Rahmen kommunaler Zusammenarbeit
	1113	Zeitschriften und Zeitungen	Hinterfragung bestehender Abonnements an Zeitschriften und Zeitungen. Überflüssige Dopplungen vermeiden. Bei Zeitschriften Inhaltverzeichnisse per E-Mail verteilen, grundsätzlich zentrale Ablage schaffen.
	1113	Loseblattsammlungen	Gesetzes- und Fachliteratursammlungen auf Unabdingbarkeit prüfen hinsichtlich alter-nativer Verfügbarkeit im Internet
	1113	Sachkosten	Budgetierung von Sachkosten (Drucke, Büromaterial, Bücher, Zeitschriften, Kopien, Reise- und Fortbildungskosten, Telefonkosten) zur eigenverantwortlichen Bewirtschaf-tung durch Fachbereiche mit Kürzung der Ansätze und prozentualer Senkung der Übertragungsquote
	1113	Druckerei	Privatisierung Druckerei, gegebenenfalls gemeinsam mit Nachbarkommunen

Produkt-klasse	**Produktbereich/ Produktgruppe/Produkt**	**Thema**	**Maßnahme**
	1113	Versicherungen	Versicherungen auflisten und auf Notwendigkeit dem Grunde und dem Umfang nach prüfen. Versicherungsdienstleistungen neu ausschreiben.
	1113	Büroausstattung	Reduzierung der Standards für Büromöbel und sonstige Ausstattung
	1114 Personal		
	1114	Stellen Personalkosten	Anpassung des Stellenbedarfs durch ku- und kw-Vermerke
	1114		Strukturanpassung durch flache Hierarchien
	1114		Analyse der Verwaltungsprozesse, Aufgabenkritik durchführen. Prüfen, ob auf einzelne Aufgaben ganz oder teilweise verzichtet werden kann oder ob Standardsenkungen möglich sind
	1114		Prüfung, ob verschiedene Aufgaben nicht durch organisatorische Maßnahmen mit geringerem Personaleinsatz realisiert werden können, insbesondere durch Konzentration oder Verlagerung von Arbeitsbereichen oder Technikeinsatz (Internet-Angebote) oder durch kommunale Zusammenarbeit
	1114		Transparente Darstellung der Anzahl von Stellen, die im Rahmen der Konsolidierung eingespart werden sollen, um Planungssicherheit zu bewirken, auch gegenüber den weiterbeschäftigten Bediensteten
	1114		Wiederbesetzungssperre mit Festsetzung einer grundsätzlichen Zeitspanne. Prüfen, ob Vakanz nicht dauerhaft von betroffener Organisationseinheit abgefangen werden kann
	1114		Wiederbesetzung von Stellen nur in unabweisbaren Fällen, wenn Aufgabenverzicht oder -umverteilung ganz oder teilweise nicht realisierbar ist. Bei nicht gesichertem dauerhaftem Bedarf nur befristete Neueinstellung tätigen
	1114		Vor notwendiger Wiederbesetzung Stellenbewertung kritisch prüfen
	1114		Personalüberhänge in rentierliche oder zur Kosteneinsparung geeignete Bereiche umsetzen
	1114		Überstunden grundsätzlich ausschließen, stattdessen großzügige Dienstvereinbarung zur gleitenden Arbeitszeit (mit Arbeitszeitkonten) treffen
	1114		Freiwillige Beurlaubungen (zum Beispiel für Sabbaticals, private Aus- und Fortbildungen) extensiv anbieten
	1114		Einführung und konsequente Nutzung leistungsorientierter Entgeltbestandteile (§ 18 TVöD), um gerade beim Wegfall von Stellen die verbleibenden Mitarbeiter, die unter Umständen zur Kompensation Mehrarbeit leisten müssen, zu motivieren
	1114	Betriebszuschüsse	Streichung oder Begrenzung von Zuschüssen für Betriebsausflüge, Betriebssport, Betriebsfeiern
	1114	Stellenausschreibungen	Grundsätzlich Internet für Stellenanzeigen oder für weiterführende Infos zu Stellenangeboten nutzen, unumgängliche Stellenanzeigen in Zeitungen der gesuchten Position entsprechend in Größe und Verbreitung beschränken

Produkt-klasse	**Produktbereich/ Produktgruppe/Produkt**	**Thema**	**Maßnahme**
	1114		Bei der Gewinnung von Führungskräften auf den Einsatz von Personalvermittlungs-agenturen verzichten
	1114	Reisekosten	Erfordernis von Dienstreisen, auch bei Führungskräften, kritisch untersuchen. Grund-sätzlich nur einen Bediensteten zu demselben Termin entsenden. Bei besonders kostenintensiven Dienstreisen Genehmigungsschwelle (gegebenenfalls bis zum Hauptverwaltungsbeamten) anheben
	1114		Termine mit Externen grundsätzlich in der Dienststelle durchführen
	1114		Reisekostenverwaltung automatisieren
	1114		Einführung eines professionellen Reisekostenmanagements zur Senkung der Reise-kosten (auch für Fortbildungen) durch Frühbucherrabatte, Mengenrabatte, Mitfahr-möglichkeiten
	1114	Fortbildung	Umfang Fortbildungsmittelansatz regelmäßig mit tatsächlicher Inanspruchnahme abgleichen
	1114		Stellenprofilbezogene Fortbildungskonzepte erarbeiten
	1114		Führungskräfte auch zu betriebswirtschaftlichen Belangen schulen, um die Wirtschaft-lichkeit ihres fachlichen Tuns zu unterstützen
	1114		Kostenlose Fortbildungsangebote nutzen, grundsätzlich Obergrenze für Tageskosten (einschließlich Reisekosten) setzen
	1114		Grundsätzlich Teilnahme gleicher Veranstaltung nur durch einen Bediensteten, der gegebenenfalls als Multiplikator eingesetzt wird
	1114		Bei Schulungsbedarf größerer Anzahl von Bediensteten Inhouse-Seminar, gegebenen-falls auch mit Nachbarkommunen, erwägen
	1116 Informations-verarbeitung		
	1116	Elektronische Dokumente	Extensive Nutzung elektronischer Kommunikationsmittel. Automatisierung des Dokumentenmanagements (elektronische Speicherung und Archivierung)
	1116	Drucken Kopieren	Handlungsanweisungen zu Drucken und Kopien (Formatverkleinerungen, beidseitiges Bedrucken, grundsätzlich keine Farbdrucke, Vermeidung Mehrfachdrucke)
	1116	Softwarepflege	Erhebung aller Software-Pflegeverträge auf Umfang und Erforderlichkeit, gegebenen-falls Neuausschreibung
	1116	Telefon	Reduzierung von Telekommunikationskosten: Gegebenenfalls Anbieterwechsel, Flatrate-Angebote prüfen, Sperrung kostenpflichtiger Servicenummern bei adäquatem Internetangebot, Abrechnung privater Telefonate und Faxe
	1116	Anschaffung	Bei der Anschaffung höherwertiger Wirtschaftsgüter Wirtschaftlichkeitsvergleich zwischen Kauf, Miete, Leasing durchführen

Produkt-klasse	**Produktbereich/ Produktgruppe/Produkt**	**Thema**	**Maßnahme**
	1116	IT	Regelmäßige Überprüfung von IT-Großprojekten, ob angestrebter Nutzen noch wirtschaftlich erreichbar ist. Gegebenenfalls Anpassung oder Abbruch des Projekts bei veränderten Rahmenbedingungen
	1116		Nutzung von gebrauchten Softwarelizensen („used soft“)
	1116		Privatisierung Hardware-Bereitstellung und -wartung, gegebenenfalls gemeinsam mit anderen Kommunen
	1117 Management Sachvermögen		
	1117	Bauvorhaben	Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen grundsätzlich nur bei rentierlichen oder unabweisbaren Maßnahmen durchführen. Bedarf strikt an der demographischen Entwicklung ausrichten. Mögliche Erträge aus Vorhaben äußerst vorsichtig schätzen.
	1117		Bei Neu-, Erweiterungs- und Erhaltungsinvestitionen umfassenden Vergleich alternativer Anschaffungs- und Herstellungs- und Folgekosten zur Ermittlung der wirtschaftlichsten Lösung unter Berücksichtigung bilanzieller Auswirkungen durchführen. Risikobetrachtung zu Unterhaltungsmaßnahmen für Zeiträume nach Ablauf von Mängelbeseitigungs- und Gewährleistungsfristen einbeziehen. Wahl der Beschaffungsvariante (Eigenrealisierung, Öffentliche Private Partnerschaft, Anmietung) in Vergleich einbeziehen.
	1117		Bei allen Neubauvorhaben stets Investitionsaufwand vorsorglich großzügig veranschlagen, um gegen Planungsfehler (Abweichungen von Kostenvoranschlägen) und Kostensteigerungen gewappnet zu sein. Vor diesem Hintergrund bei Neubauvorhaben Risikoanalyse durchführen.
	1117	Gebäudebewirtschaftung	Umfassende kritische Analyse des mittel- und langfristigen Bedarfs an Dienstgebäuden, Überprüfung des Raumbedarfs der Organisationseinheiten, Gegenüberstellung zum Ist-Stand mit Bewirtschaftungs- und (gegebenenfalls rückständigen) Instandhaltungs- sowie Reisekosten
	1117		Aktives Gebäudemanagement einrichten, Zusammenfassung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten, um die ökonomische Nutzung kommunaler Immobilien zu sichern
	1117		Gegebenenfalls Einführung eines inneren Vermieter-Mieter-Modells zur Reduzierung von Flächenbeständen der Fachbereiche. Einsparanreize durch Budgetgutschriften.
	1117	Energiekosten	Energiesparinvestitionen in bestandssichere Gebäude bei Rentierlichkeit vornehmen
	1117		Extensive Nutzung von Energiesparmöglichkeiten, gegebenenfalls unter Nutzung Privater (Contracting), Dienstanweisung und Schulung zu energiesparendem Verhalten, Raumtemperaturreduzierung in öffentlichen Gebäuden allgemein und besonders nach Dienstschluss
	1117		Zentrales Energiecontrolling einführen
	1117	Dienstleistungsverträge	Dienstleistungsverträge (Energie, Versicherungen, Wartung, Telekommunikation, Post, Internet) nach Marktsondierung gegebenfalls kündigen und neu ausschreiben

Produkt-klasse	**Produktbereich/ Produktgruppe/Produkt**	**Thema**	**Maßnahme**
	1117		Dienstleistungsverträge im Rahmen der kommunalen Gemeinschaftsarbeit gemeinsam ausschreiben
	1117	Hausmeisterdienste	Hausmeisterstellen auf erforderlichen Umfang begrenzen
	1117		Schaffung eines mobilen Hausmeisterpools, der verschiedene technische Fertigkeiten zur Vermeidung von Drittbeauftragungen abdecken kann, Einsatz von Bauhofmitarbeitern für kleinere Reparatur- und Unterhaltungsmaßnahmen
	1117	Gebäudereinigung	Reinigungskräfte auf erforderlichen Umfang begrenzen, Überprüfung von Reinigungsstandards und Reinigungsintervallen für Dienstgebäude und sonstige öffentliche Einrichtungen
	1117		Überprüfung der angesetzten Reinigungsflächengrößen (nach erfolgter Vermögenserfassung)
	1117		Optimierung der Eigenreinigung, Personaleinsatz flexibel gestalten, Reinigungspersonal schulen, Leistungsanforderungen an privaten Dienstleistern ausrichten
			Privatisierung der Gebäudereinigung prüfen, Stundenverrechnungssatz für eigene Reinigung ermitteln und mit denen privater Dienstleister vergleichen
	1117	Liegenschaftsmanagement	Effizienz der Verwaltung von kommunalen Wohnungen prüfen, Verwaltung an Privaten übertragen, Möglichkeiten der Zusammenarbeit prüfen
	1117		Anpassung von Miet-, Pacht- und Erbbauzinsen an ortsübliche Höhe, Vertragsübersicht erstellen und regelmäßig prüfen
	1117		Prüfung der Wirtschaftlichkeit eines Maschinen- und Gerätepools zur Pflege und Reinigung von Außenanlagen, die der Zuständigkeit verschiedener Fachbereiche unterstehen
	1117		Erhöhung von Pachtzinsen für Kleingärten
	1117		Erhöhung von Jagdpachten
	1117	Photovoltaik	Vermietung von Dachflächen zur Installation von Photovoltaikanlagen
	1117	Windenergie	Veräußerung oder Verpachtung von Flächen, die als Standorte für Windenergieanlagen geeignet sind, vorteilhafte Vereinbarung über die Zerlegung des Gewerbesteuermessbetrages gemäß § 33 Abs. 2 GewStG treffen
		Namensrechte	Vermarktung von Namensrechten für öffentliche Einrichtungen
	1117	Vermögensverwertung	Liste realisierbarer Vermögenswerte aufstellen, Verlagerungsmöglichkeiten für „Filetstücke“ (zum Beispiel Fest- und Sportplätze) einbeziehen
	1117	Privatisierung	Dorfgemeinschafts-, Bürger-, Kulturhäuser, Stadthallen oder Ähnliches auf Bedarf oder Rentierlichkeit (Vermietung von Wohnungen und Räumen) prüfen, sonst privatisieren oder veräußern
	1117	Veräußerung	Extensive Veräußerung negativer (übermäßig bewirtschaftungs- oder unterhaltungsaufwendiger) Vermögenswerte

Produkt-klasse	**Produktbereich/ Produktgruppe/Produkt**	**Thema**	**Maßnahme**
			Landwirtschaftliche Flächen veräußern, sofern diese nicht als ökologische Ausgleichsflächen benötigt werden
	1117		Veräußerung von Immobilien grundsätzlich öffentlich (Internet) bewerben und gegebenenfalls versteigern, eventuell auch Makler beauftragen.
	1117		Kommunale Campingplätze veräußern oder verpachten
	121 Wahlen		
	121	Wahlhelfer	Begrenzung der Aufwandsentschädigungen der Beisitzer der Wahlausschüsse und Wahlvorstandsmitglieder bei Kommunalwahlen auf Mindestsätze (§ 9 KWO LSA)
	121		Erfahrene Wahlhelfer einsetzen, um Schulungsaufwand zu reduzieren
	121		Für die Briefwahlvorstände auf Auszubildende oder Ehrenamtliche zurückgreifen, um Personalkosten zu sparen
	122 Ordnungsangelegenheiten		
	1221 Allgemeine Sicherheit und Ordnung	Fundsachen	Zur Optimierung der Versteigerung von Fundsachen das Angebot der Bundeszollverwaltung im Internet nutzen
	1223 Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung		
	1223	Prüfgebühren	Kostendeckende Gebühren für die Überprüfung der Einhaltung des Lebensmittel- und Futtermittelrechts sowie der Bestimmungen über Tiergesundheit und Tierschutz erheben
	1223	Verbraucherberatung	Notwendigkeit von Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden prüfen
	1225 Verkehrsangelegenheiten		
	1225	Straßenbeschilderung	Reduzierung der Straßenschilder und Markierungen auf das unbedingt nötige Maß
	1225	Gebühren	Höhe der Gebühren über die Sondernutzung nach § 21 StrG LSA überprüfen und im rechtlich zulässigen Rahmen ausschöpfen
	1225		Für die Erteilung von Befreiungen vom Verbot des Fahrens mit Kraftfahrzeugen in Feld und Wald nach § 4 Abs. 3 Satz 1 FFOG Verwaltungsgebühren konsequent erheben
	1225		Gebührenrahmen der GebOSt für Verwaltungsgebühren der Maßnahmen im Straßenverkehr in rechtlich zulässiger Höhe ausschöpfen
	1226 Fahr- und Beförderungserlaubnisse, KFZ-Angelegenheiten		
	1226	Zulassungsstellen	Nebenstellen von KFZ-Zulassungsstellen nur bei unabweisbarem Bedarf vorhalten
	1226	Gebühren	Gebührenrahmen der GebOSt für Verwaltungsgebühren der Maßnahmen im Straßenverkehr in rechtlich zulässiger Höhe ausschöpfen

Produkt-klasse	**Produktbereich/ Produktgruppe/Produkt**	**Thema**	**Maßnahme**
	1227 Einwohner-, Pass- und Meldewesen		
	1227	Personalausweis	Konsequente Geltendmachung von Verwarn- und Bußgeldern bei Nichtbesitz eines gesetzlich vorgeschriebenen Personalausweises
			Verzicht auf Anschreiben mit Hinweis auf bevorstehenden Ablauf von Personaldokumenten oder bei deren Fertigstellung
	126 Brandschutz		
	126	Ortsfeuerwehr	Standortoptimierung von Ortsfeuerwehren
	126		Veräußerung stillgelegter Feuerwehrhäuser, gegebenenfalls Übertragung der Bewirtschaftung an Verein oder Ähnliches
	126		Übertragung der Aufgaben des Brandschutzes und der Hilfeleistung nach dem BrSchG auf Nachbarkommunen
	126		Beschränkung der Stärke und Ausrüstung der freiwilligen Feuerwehr auf den Mindeststandard (gemäß MindAusrVO-FF) auf der Grundlage einer intensiven Risikoanalyse
	126		Ausstattungsreduzierung vornehmen, wenn im Rahmen der Ermittlung des Brandschutzbedarfs Überkapazitäten bei der technischen Ausstattung festgestellt wurden
	126		Kooperation mit Nachbarkommunen, zum Beispiel gemeinsame Vorhaltung einzelner Feuerwehrfahrzeuge und Geräte (insbesondere soweit nicht hilfsfristrelevant), gemeinsame Ausbildung
	126		Bei unabdingbaren Anschaffungen von Fahrzeugen überholte Gebrauchtfahrzeuge ins Auge fassen
	126		Bei unabdingbaren Anschaffungen von Neufahrzeugen ohne Förderung Beteiligung an Vergabeverfahren der zentralen Beschaffungsstelle des Landes
	126		Grundsätzlich auf Sonderanfertigungen verzichten, Ausstattung und Ausrüstung nur an konkretem Brandschutzbedarf ausrichten
	126		Unverzügliche Veräußerung von nicht mehr benötigten Altfahrzeugen
	126		Wartung von Feuerwehrfahrzeugen (soweit nicht Feuerwehrtechnik) zentralisieren und ausschreiben, Rahmenvertrag abschließen
	126		Bei sonstigen Anschaffungen und Beschaffungen Preisnachlässe durch gemeinschaftlichen Einkauf mit Nachbarkommunen realisieren
	126		Neubau eines Feuerwehrgerätehauses gemeinsam mit einer Nachbarkommune
	126	Sponsoring	Sponsoring einwerben
	126	Gebühren	Kostendeckende Kalkulation der Gebühren der Kosterstattungssatzung nach § 22 BrSchG, gegebenenfalls Mitarbeiterschulung vornehmen

Produkt-klasse	**Produktbereich/ Produktgruppe/Produkt**	**Thema**	**Maßnahme**
	126	Sirenen	Anzahl der Sirenenstandorte auf Verzichtbarkeit überprüfen, Alarmierungssystem nach Zweckmäßigkeit ausrichten
	127 Rettungsdienst		
	127	Leitstelle	Zusammenlegung von Leitstellen oder feuerwehrtechnischen Zentralen (vergleiche § 3 Abs. 6 BrSchG)
	128 Katastrophenschutz		
	128	Anschaffung	Bei unabdingbaren Anschaffungen von Neufahrzeugen ohne Förderung Beteiligung an Vergabeverfahren der zentralen Beschaffungsstelle des Landes
2 Schule und Kultur			
	21 Allgemeinbildende Schulen	Schullandschaft	Anzahl, Größe und Standort der Einrichtungen an die Entwicklung der Schülerzahlen und die eigene kommunale Leistungsfähigkeit anpassen (Schüler- und Klassen-mindestzahlen gemäß der Verordnung zur Schulentwicklungsplanung sind während der Konsolidierung nicht der abschließende Maßstab), Standortanalyse mit Optimierung der Schülerbeförderung (Mehraufwand oder -erstattung auf Wirtschaftlichkeit prüfen), zulässige Schulwegezeiten ausschöpfen, auf Einrichtungen mit hohem Betriebs- oder Instandsetzungsaufwand prioritär verzichten (Außenstellen nur bei Unabweisbarkeit und als auslaufende Lösungen vorhalten), teilweise Beschulung (insbesondere bei kritischen Schulwegzeiten) in Nachbarkommunen organisieren
	21	Energiekosten	Energieverbrauch jeder Einrichtung regelmäßig durch Aufzeichnungen kontrollieren, Schulungsveranstaltungen zu energiesparendem Verhalten für Schüler Schulung und Dienstanweisung für Personal und zu energiesparendem Verhalten, Raumtemperatur-reduzierung nach Schulschluss und während der Ferien
	21		Prioritär extensive Nutzung von Energiesparmöglichkeiten, gegebenenfalls mit anderen Sanierungs- oder Erneuerungsmaßnahmen verbinden gegebenenfalls unter Nutzung Privater (Contracting),
	21		Innenbeleuchtung auf LED-Technik umrüsten, Fördermöglichkeit durch das Bundes-ministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau- und Reaktorsicherheit prüfen
	21	Gebäudereinigung	Überprüfung von Reinigungsstandards und Reinigungsintervallen
	21	Schulraumnutzung	Festsetzung oder Anpassung von Gebühren für die Schulraumnutzung durch außer-schulische Gruppen und Vereine. Nutzung von Schulräumen zu Leerstandszeiten offensiv anbieten, um Kostendeckungsbeiträge zu erzielen.
	21	Hausmeisterdienste	Einführung Schulhausmeisterpool (siehe auch bei 1117)
	21	Schulbücherei	Bei der Verwaltung von Schulbüchereien gezielt interessierte Eltern und Bürger ehrenamtlich einbeziehen
	21	Außenanlagen	Pflege von Außenanlagen in die Patenschaft von Klassen geben

Produkt-klasse	**Produktbereich/ Produktgruppe/Produkt**	**Thema**	**Maßnahme**
	21	Instandsetzung	Instandsetzungsarbeiten (Schönheitsreparaturen) unter Einbindung von Eltern durchführen
	21	Förderverein	Gründung eines Schulfördervereins durch Eltern anregen
	21	Gastschüler	Kostenerstattung für Fremdbeschulung konsequent geltend machen (§§ 66 und 70 SchulG LSA)
	2421 Fördermaßnahmen		
	2421	Klassenfahrten Schüleraustausch	Zuschüsse für Klassenfahrten und Schüleraustausch sowie Subventionierung von Mittagessen überprüfen,
	2421	Schulsozialarbeit	Zuschüsse für Schulsozialarbeit situationsangemessen anpassen, Einsatz von Mitarbeitern, die freiwilliges soziales Jahr absolvieren, Beteiligung oder Übernahme durch Bürgerstiftung oder -verein oder Ähnliches initiieren
	243 Sonstige schulische Aufgaben	Schullandheim	Schullandheim: Kostendeckende Betreibung sicherstellen, gegebenenfalls Privatisierung
	252 Nichtwissenschaftliche Museen, Sammlungen		
	252	Leistungsfähigkeit	Aufgabenwahrnehmung dem Grunde und gegebenenfalls der Höhe nach an Leistungsfähigkeit ausrichten
	252	Bezuschussung	Zuschussbedarf minimieren. Besucheranzahl und -struktur sowie Frequentierungszeiten erheben, Öffnungszeiten anpassen, saisonale Schließungen. Ehrenamtliche Mitarbeiter für die Aufsicht gewinnen. Eintrittsgelder anpassen. Verzicht auf Erwerb neuer Exponate, Gewerbetreibende, Banken oder Andere als Träger von Ausstellungen gewinnen.
	252	Sponsoring	Sponsoring einwerben
	252	Verwaltung	Organisatorische und räumliche Zusammenlegung verschiedener Einrichtungen
	252	Museumsverbund	Museumsverbunde gründen, über gemeinsame Präsentation der Einrichtungen Bekanntheit steigern, Vernetzung von Einrichtungen untereinander intensivieren, Synergieeffekte nutzen.
	252	Privatisierung	Übertragung der Trägerschaft auf Kultur- oder Heimatvereine, gegebenenfalls mit ausschleichenden Zuschüssen.
	252		Werke aus Sammlungen veräußern, gegebenenfalls unter Bedingung öffentlicher Zugänglichkeit
	252	Ausstellungsort	Sammlungen von geringerem Wert im Foyer des Rathauses oder in Schulen ausstellen.
	252	Archivgut	Kommunale Trägerschaft für nichtkommunales Archivgut auf Prüfstand stellen, Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen.
	253 Zoologische und Botanische Gärten		

Produkt-klasse	**Produktbereich/ Produktgruppe/Produkt**	**Thema**	**Maßnahme**
	2531 Tierpark	Leistungsfähigkeit	Kommunale Trägerschaft anhand der Leistungsfähigkeit auf den Prüfstand stellen, Zuschussbedarf minimieren, Kooperation mit Nachbarkommunen
	2531		Einrichtung gegebenenfalls verkleinern
	2531	Privatisierung	Tierpark unter Gewährung eines ausschleichenden Zuschusses privatisieren
	2531	Einnahmen	Besucheraufkommen durch Marketing verbessern, Eintrittspreise anpassen, Sponsoring einwerben
	2531		Betriebsführung an Verein übertragen
	26 Kultureinrichtungen		
	261 Theater	Theaterlandschaft	Kommunale Trägerschaft anhand der Leistungsfähigkeit auf den Prüfstand stellen. Kooperation mit Nachbarkommunen
	261	Aufwandsreduzierung	Zuschussbedarf reduzieren. Spartenanzahl kritisch hinterfragen. Verzicht auf eigene Ensembles in einzelnen oder allen Sparten. Umwandlung in Bespieltheater. Zusammenarbeit mit der freien Szene
	261		Einsparungen bei Gagen und Honoraren. Anzahl der Neuinszenierungen überprüfen und gegebenenfalls verringern. An die Ausstattung der Inszenierungen strenge Maßstäbe anlegen. Festspielangebote auf Rentierlichkeit prüfen.
		Einnahmen	Eintrittspreise anpassen. Sponsoring einwerben
	261	Privatisierung	Theater durch gemeinnützigen Trägerverein führen
	262 Musikpflege	Bezuschussung	Auf Zuschüsse verzichten
	263 Musikschulen	Leistungsfähigkeit Privatisierung	Kommunale, insbesondere gemeindliche Trägerschaft anhand der Leistungsfähigkeit auf den Prüfstand stellen. Bürger auf private Angebote im Bereich musische Erziehung und Ausbildung hinweisen gegebenenfalls Privatisierung mit ausschleichenden Zuschüssen für besondere Angebote.
	263	Lehrkräfte	Reduzierung der hauptamtlichen Lehrkräfte zugunsten freiberuflicher Kräfte
	263	Gebühren	Gebühren anpassen, insbesondere bei Einzelunterricht
	271 Volkshochschulen	Bezuschussung	Zuschuss reduzieren, Konzentration auf einen oder wenige Standorte, Verwaltung mit anderen Einrichtungen zusammenlegen, eigene Kursräume nur bei Unabdingbarkeit vorhalten, sonst Nutzung anderer Einrichtungen wie Schulen
	271	Rechtsform	Interkommunale Zusammenarbeit prüfen, gegebenenfalls in privater Rechtsform betreiben
	271	Kurse	Kursangebot möglichst rentierlich ausgestalten. Kurse, die der persönlichen Lebensgestaltung dienen, grundsätzlich nur kostendeckend anbieten. Mindestteilnehmerzahlen erhöhen.
	271	Lehrkräfte	Reduzierung der hauptamtlichen Lehrkräfte zugunsten freiberuflicher Kräfte

Produkt-klasse	**Produktbereich/ Produktgruppe/Produkt**	**Thema**	**Maßnahme**
	271	Öffentlichkeitsarbeit	Kosten für Werbung und sonstige Informationen verringern, Kursangebote ausschließlich im Internet veröffentlichen
	271	Gebühren	Gebühren anpassen
	272 Bibliotheken und Büchereien	Leistungsfähigkeit	Aufgabenwahrnehmung dem Grunde und gegebenenfalls der Höhe nach an Leistungsfähigkeit ausrichten, Bibliotheken zusammenlegen, Aufgabenwahrnehmung in interkommunaler Zusammenarbeit
	272	Bezuschussung	Zuschussbedarf minimieren. Nutzeranzahl und -struktur sowie Frequentierungszeiten erheben. Öffnungszeiten nutzerorientiert anpassen, saisonale Schließungen. Internetbestellungen und (kostenpflichtige) Fernleihe einrichten. Entleihungsgelder anpassen. Einkaufskooperationen und Austausch mit Nachbarkommunen.
	272	Selbstverbuchung	Elektronisches Selbstverbuchungssystem (RFID, Barcodes) für geeignete Medien einsetzen.
	272	Ehrenamt Privatisierung	Bibliothek durch ehrenamtlichen oder kirchlichen Träger führen lassen
	272	Zweigstellen Fahrbücherei	Wirtschaftlichkeit von Zweigstellen und Fahrbüchereien prüfen.
	272	Förderverein	Gründung eines Fördervereins anregen
	272	Doppelstrukturen	Doppelstrukturen (mit schulischen, anderen kommunalen, staatlichen, kirchlichen Einrichtungen) vermeiden
	2731 Heime und Einrichtungen	Leistungsfähigkeit	Zuschuss für kulturpädagogische Einrichtungen wie Kunst- und Malschulen an Leistungsfähigkeit ausrichten, gegebenenfalls reduzieren
	28 Örtliche Kulturaufgaben		
	2811 Kommunale Veranstaltungen	Leistungsfähigkeit	Vereinsförderung an Leistungsfähigkeit ausrichten, gegebenenfalls reduzieren
	2811	Gebühren Mieteinnahmen	Kostenpflichtige Bereitstellung von Verwaltungseinrichtungen, Beschilderung und Abfallentsorgung bei Volks-, Trachten-, Heimat-, Brauchtumsfesten oder Ähnlichem
	2811	Ehrenamt Privatisierung Sponsoring	Organisation von Brauchtums-, Jubiläum- und anderweitigen Veranstaltungen Privaten überlassen, Kulturwochen oder Ähnliches örtlichen Vereinen übertragen, Bezuschussung reduzieren, auf Sponsoring- und Werbeeinnahmen verweisen
	2811	Weihnachts-/Adventsbeleuchtung	Weihnachts- und Adventsbeleuchtungen auf LED-Technik umrüsten
	2811		Anbringung von Weihnachts- und Adventsbeleuchtungen Privaten oder Gewerbe überlassen, keine gemeindlichen Beleuchtungsanlagen installieren
	2811	Veröffentlichungen	Erstellung von Bildbänden und Gemeinde- oder Kreischroniken einstellen, Verkaufspreise erhöhen, durch Werbung rentierlich gestalten oder Intervalle strecken, Erstellung auf Ehrenamtliche übertragen

Produkt-klasse	**Produktbereich/ Produktgruppe/Produkt**	**Thema**	**Maßnahme**
	2812 Kulturförderung	Leistungsfähigkeit	Zuschüsse für Heimat- und Verkehrsvereine an Leistungsfähigkeit ausrichten, gegebenenfalls reduzieren
	2812		Zuschüsse für Stadtbild- und Denkmalpflege oder Fassadenwettbewerbe an Leistungsfähigkeit ausrichten, gegebenenfalls reduzieren
3 Soziales und Jugend			
	31 Sozialhilfe und soziale Leistungen	Standards	Standards für Beratungsleistungen im Rahmen von Produkt- und Leistungsbeschreibungen definieren, Verwaltungsabläufe optimieren
	31	Stellenbedarf	Fallzahlen je Mitarbeiter ermitteln und mit anderen Kommunen vergleichen, Stellenbemessung entsprechend anpassen
	31	Kostenerstattung	Alle Möglichkeiten zur Kostenerstattung durch Dritte und Heranziehung Unterhaltspflichtiger unverzüglich ausschöpfen (rentierlicher Einsatz von Überhangspersonal)
	31	Ermessen	Strenge Maßstäbe bei der Ermessensausübung in der Sozialhilfe anlegen (gegebenenfalls Dienstanweisung zur Sicherstellung einer einheitlichen Rechtsanwendung)
	31	Leistungsmissbrauch	Bei Verdacht auf Leistungsmissbrauch die erforderlichen Kontrollen zeitnah und konsequent ergreifen (rentierlicher Einsatz von Überhangspersonal)
	31	Standards	Bau, Ausstattung und Unterhaltung bei sozialen Einrichtungen auf unabweisbare Mindeststandards beschränken
	31	Privatisierung	Wirtschaftlichkeitsvergleich zwischen eigener und privater Betriebsführung von Alten- und Pflegeinrichtungen vornehmen
	313 Hilfen für Asylbewerber	Privatisierung	Wirtschaftlichkeitsvergleich zwischen eigener und privater Betriebsführung von Gemeinschaftsunterkünften vornehmen
	3151 Soziale Einrichtungen für ältere Menschen	Zeitschriften	Seniorenzeitschriften durch Werbung rentierlich gestalten
	3151	Seniorenzuschüsse reduzieren	Zuschüsse für Seniorenfeiern, Seniorennachmittage, Seniorentage, Seniorenfahrten
	3151	Ehrenamt Privatisierung	Durchführung von Seniorentreffs auf Vereine oder Ehrenamtliche übertragen
	3151	Rentenberatung	Rentenberatung einstellen (auf Rentenversicherungsträger verweisen)
	3151	Seniorenberatung	Seniorenberatung hinsichtlich Standards und Bedarf (unter Berücksichtigung von Angeboten privater und kirchlicher Träger) prüfen
	3621 Außerschulische Jugendbildung		Angebote reduzieren, auf besonders kostenintensive Angebote verzichten, Teilnehmerentgelte erhöhen

Produkt-klasse	**Produktbereich/ Produktgruppe/Produkt**	**Thema**	**Maßnahme**
	3622 Kinder- und Jugend-erholung		Kommunal initiierte Ferienfreizeiten, Ferienspiele, Jugendfreizeiten an Verbände und Vereine übertragen, Reduzierung der Intervalle, auf besonders kostenintensive Angebote verzichten
	363 Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe		Bei Verdacht auf Leistungsmissbrauch zeitnahe und regelmäßige Kontrollen, alle Möglichkeiten zur Kostenerstattung durch Dritte und Heranziehung Unterhaltspflichtiger unverzüglich ausschöpfen. (Rentierlicher Einsatz von Überhangpersonal). Hilfen-gewährung grundsätzlich befristen zur Prüfung weiteren Bedarfs.
	3631 Jugendsozialarbeit	Stellenbedarf	Jugendsozialarbeitsleistungen (einschließlich Streetworkern und Jugend- und Drogen-beratung) auf Notwendigkeit prüfen, Einsatz von Mitarbeitern im freiwilligen sozialen Jahr
	3631	Förderung	Zuwendungen von Eigenanteil abhängig machen. Erforderlichkeit mehrjähriger Verträge kritisch prüfen. Finanzierungspläne jährlich verbindlich festlegen. Konsequente Verwen-dungsnachweisprüfung und gegebenenfalls Fördermittelrückforderung.
	3632 Weitere Maßnahmen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	Begrüßungsgeld	Verzicht auf Begrüßungsgelder für Neugeborene
	3633 Hilfe zur Erziehung	Ambulante Hilfen	Anteil der ambulanten Hilfen an den Hilfeplanfällen erhöhen. Extensiv präventive familienunterstützende Hilfen (zum Beispiel sozialpädagogische Familienhilfe und Erziehungsberatung) anwenden. Rentierlicher Einsatz von geeignetem, gegebenenfalls fortzubildendem Überhangpersonal
	3633	Vollzeitpflege	Anteil der Vollzeitpflegefälle an den stationären Hilfefällen erhöhen. Familienersetzende Hilfen grundsätzlich der Heimunterbringung vorziehen. Pflegefamilien ausloben, gegebenenfalls besser dotieren.
	3634 Inobhutnahme	Heimunterbringung	Notwendigkeit der Heimunterbringung regelmäßig kritisch prüfen. Familienunterstützende oder familienersetzende Hilfen der Heimunterbringung grundsätzlich vorziehen.
	3635 Adoptionsvermittlung	Adoption Kommunale Zusammenarbeit	Einrichtung einer gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle für Jugendämter benach-barter Kommunen (vergleiche § 2 Abs.1 Satz 3 AdVermiG)
	365 Kindertages-einrichtungen	Kita	Aufgabenwahrnehmung (Anzahl und Größe der Einrichtungen) an Leistungsfähigkeit ausrichten (Hinwirkung auf entsprechende Bedarfsplanung des Landkreises gemäß § 10 Abs. 1 Satz 2 und 3 KiFöG). Vergleichende Analyse vorhandener Einrichtungen auf Bewirtschaftungskosten sowie Instandsetzungsbedarf und Auslastung (Zumutbar-keitsgrenzen der Erreichbarkeit nach § 3 Abs. 5 KiFöG beachten, gegebenenfalls Tagespflegestellen einrichten, Außenstellen nur bei Unabweisbarkeit und als auslaufende Lösungen vorhalten.
	365	Freier Träger	Bei Nutzung eines kommunalen Gebäudes durch freien Träger ortsübliche Miete erheben
	365	Kostenbeiträge	Kapitalkosten (kalkulierte Zinsen und Abschreibungen) und den tatsächlich anfallenden Verwaltungsaufwand bei der Festlegung von Kostenbeiträgen gemäß § 13 Abs. 2 KiFöG berücksichtigen

Produkt-klasse	**Produktbereich/ Produktgruppe/Produkt**	**Thema**	**Maßnahme**
	365		Rückstände von Kostenbeiträgen und Essensentgelten unverzüglich beitreiben
	365	Auswärtige Betreuung	Kostenausgleich mit Wohnortgemeinde konsequent geltend machen (§12c KiFöG)
	365	Bewirtschaftung	Kleinere Instandsetzungen (Schönheitsreparaturen) von Kitas durch Elterninitiativen, Herrichtung und Betreuung von Außenanlagen Elterninitiativen übertragen
	365		Überprüfung von Reinigungsstandards und Reinigungsintervallen
	3661 Einrichtungen der Jugendarbeit	Jugendklubs	Angebot an Jugendklubs oder Ähnliche an Leistungsfähigkeit ausrichten, gegebenenfalls Öffnungszeiten beschränken, Ausstattungsstandards reduzieren
	3661	Spiel- u. Bolzplätze	Bedarf an Spiel- und Bolzplätzen oder Ähnlichem kritisch prüfen, freiwerdende Flächen veräußern.
	3661	Ehrenamt Sponsoring	Spielplätze: Pflegearbeiten an Ehrenamtliche, Elterninitiativen, Vereine übertragen. Sponsoring einwerben
	3661		Errichtung, Ausstattung von Spielplätzen durch Elterninitiativen, Vereine, Sponsoren
	3661	Sicherheitsprüfung	Prüfungen zur Wahrung der Verkehrssicherungspflicht bei Spielplätzen in interkommunaler Zusammenarbeit
4 Gesundheit und Sport			
	412 Gesundheits-einrichtungen	Gesundheitsdienst Mütterberatung	Einrichtungen des Gesundheitsdienstes und Mütterberatungsstellen auf Auslastung prüfen, gegebenenfalls Angebote reduzieren
	412	Gesundheitsamt	Freiwillige Leistungen des Gesundheitsamtes überprüfen. Leistungen einstellen, die nicht gesetzlich vorgeschrieben sind und in gleicher Weise von Ärzten oder Krankenhäusern erbracht werden können
	4144 Gesundheitsschutz	Gebühren	Bei Amtshandlungen Gebührenrahmen der AllGO LSA in rechtlich zulässiger Höhe ausschöpfen. Kostendeckende Verwaltungsgebühren erheben
	4141 Gesundheits-förderung	Leistungsfähigkeit	Freiwillige Zuschüsse an Beratungsstellen für Suchtkranke an Leistungsfähigkeit ausrichten, gegebenenfalls reduzieren
	418 Kur- und Badebetrieb	Privatisierung	Einem Kurbetrieb zuzuordnende Bade- und Sporteinrichtungen auf Rentierlichkeit prüfen, gegebenenfalls Rückbau, Privatisierung oder Schließung
	42 Sportförderung	Leistungsfähigkeit	Eigene Aktivitäten der Sportförderung der Leistungsfähigkeit anpassen
	4211 Sportförderung		Von Bewerbung von Sportmaßnahmen grundsätzlich absehen. Aktivitäten Dritter unterstützen oder gänzlicher Verzicht
	4211	Ehrenamt Sponsoring	Auf Durchführung eigener Sportveranstaltungen verzichten. Grundsätzlich Übertragung auf Vereine. Entgelterhebung bei Teilnehmern. Sponsoring einwerben
	4211	Repräsentation	Repräsentationsaufwand für Sportlerehrungen auf Minimum beschränken, Sponsoren einwerben

Produkt-klasse	**Produktbereich/ Produktgruppe/Produkt**	**Thema**	**Maßnahme**
	4211	Förderung	Subventionierung von Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen vereinseigener Sportstätten in Bezug auf Erforderlichkeit (Möglichkeit von Eigenarbeiten, Fördermöglichkeiten anderer öffentlicher Stellen) und der Höhe der Fördersätze prüfen. Gegebenenfalls Förderung reduzieren oder einstellen.
	4211		Zuschüsse an Sportvereine von objektiven Kriterien (Anzahl Mitglieder Sportangebot) abhängig machen, Höhe an Leistungsfähigkeit ausrichten, gegebenenfalls reduzieren
	4211		Verwendungsnachweise bei Zuschuss-Gewährung konsequent prüfen
	4211		Geldwerte Sachleistungen an Sportvereine auf Unabweisbarkeit prüfen, ebenso die indirekten Zuschüsse in Form von Bauhofleistungen
	4211		Auf Kreisebene Praxis der direkten Sportvereinsförderung hinterfragen
	4241 Bereitstellung und Betrieb von Sportanlagen	Sportstätten	Kostendeckungsgrade bei Sportstätten, die nicht ausschließlich für den Schulsport genutzt werden, erhöhen
	4241		Bedarf und Ausstattung von Sportstätten und Sportanlagen nebst dazugehörigen Sportgeräten bedarfsgerecht und leistungsfähigkeitsangemessen auf das Mindest-niveaubeschränken. Analyse vorhandener Einrichtungen auf Betriebskosten und Instandsetzungsaufwand.
	4241	Privatisierung	Privatisierung kommerziell nutzbarer Einrichtungen wie Kegelbahn, Bowlingbahn, Tennisplätze, Reithalle sofern nicht voll rentierlich betreibbar.
	4141	Ausnutzungsgrad	Optimale Ausnutzung von Anlagen durch Mehrfachnutzung sicherstellen
	4241	Energiekosten	Raumtemperatur von Sporthallen intelligent steuern
	4241		Innenbeleuchtung auf LED-Technik umrüsten
	4241		Energiesparcontracting prüfen
	4241	Stellenbedarf	Einsatz kommunaler Hallen- und Platzwarte kritisch prüfen, gegebenenfalls Ehrenamt-liche beauftragen oder Leistungen an Vereine übertragen
	4241	Privatisierung	Vertragliche Übertragung von Sportstätten an gemeinnützige Sportorganisationen zur vorrangigen Nutzung bei vollständiger oder überwiegender Übernahme der Unterhaltung und Bewirtschaftung (§ 12 Abs. 2 SportFG)
	4241		Bei Überlassung von Sportstätten zur kommerziellen Nutzung kostendeckendes Entgelt erheben (§ 12 Abs. 3 SportFG)
	4241	Kostenbeteiligung	Angemessene Beteiligung gemeinnütziger Sportorganisationen an den Betriebskosten für die Nutzung von Sportstätten sicherstellen (§ 11 Satz 3 SportFG). Betriebskosten-verordnung analog zugrunde legen. Beteiligungsquote an konkreter Sportstätten-qualität ausrichten, jedoch ungebührliche Beitragsauswirkung vermeiden. Erzielte Einsparungen honorieren
	4241	Entgeltliche Überlassung	Prüfen, ob die Überlassung ausnahmsweise entgeltlich erfolgen kann (vergleiche § 11 Satz 2 SportFG)

Produkt-klasse	**Produktbereich/ Produktgruppe/Produkt**	**Thema**	**Maßnahme**
	4241	Einnahmeerzielung	Werbeflächen der Sportstätten und Sportanlagen vermieten oder den Sportvereinen nur gegen angemessenen Anteil der Werbeeinnahmen zur Verfügung stellen. Sponsoren einwerben
	4242 Bereitstellung und Betrieb von Bädern	Leistungsfähigkeit	Bedarf und Ausstattung von Bädern bedarfsgerecht und leistungsfähigkeitsangemessen auf das Mindestniveau (unter Berücksichtigung benachbarter kommunaler und privater Angebote) beschränken. Analyse vorhandener Einrichtungen auf Betriebskosten und Instandsetzungsaufwand. Bad in kommunaler Zusammenarbeit betreiben.
	4242	Privatisierung	Betrieb von nicht voll rentierlichen Solarien, Saunas, Fußpflegeeinrichtungen, Schwimmbadgaststätten verpachten
	4242	Kostendeckung	Kostendeckungsgrad erhöhen. Öffnungszeiten auf rentierliche Phasen einschränken (Hallenbad im Sommer schließen, Freibad nur wetterabhängig öffnen),
	4242	Energiekosten	Wassertemperatur gegebenenfalls senken und intelligent steuern. Energiesparcontracting prüfen
	4242	Personalkosten	Flexibilisierung von Arbeitsverträgen und Optimierung des Betriebsablaufs
	4242	Ehrenamt	Kassendienst durch ehrenamtliche Personen erledigen lassen
	4242	Förderverein	Durch Gründung eines Fördervereins Zuschussbedarf senken
	4242	Privatisierung	Übertragung von Eigentum oder Unterhaltung („Schlüsselgewalt“) der Einrichtung auf Vereine
	4242		Verpachtung der Einrichtung an Private
	4242	Kostendeckung	Eintrittspreise anpassen, Werbeflächen vermieten
5 Gestaltung der Umwelt			
	5111 Räumliche Planung	Planungen	Vorbereitung von planerischen Stellungnahmen gemeinsam mit Nachbarkommunen durchführen, Reduzierung des Aufwands für externe Berater
	5111	Investor	Mit Durchführungsvertrag zu vorhabenbezogenem Bebauungsplan (§ 12 BauGB) Investor zur Übernahme sämtlicher Planungs- und Erschließungskosten verpflichten
	5111	Baugebiete	Erschließung neuer Baugebiete nur dann vornehmen, wenn vorhandene Infrastruktur unter Berücksichtigung demographischer Entwicklung ausgelastet ist (Vorrang der Innenverdichtung)
	5112 Räumliche Entwicklung	Sanierungsgebiete	Konsequente Erhebung von Ausgleichsbeträgen (§ 154 BauGB)
	5113 Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten	Gebühren	Abgabe von Karten und Plänen oder Ähnliches nur gegen kostendeckende Gebühren und Auslagen

Produkt-klasse	**Produktbereich/ Produktgruppe/Produkt**	**Thema**	**Maßnahme**
	5113	Veröffentlichungen	Verzicht auf eigene Erstellung von Stadt- und Ortsplänen, sofern durch Werbung keine Kostendeckung erzielbar ist
	5116 Grundstückswert-ermittlung	Gebühren	Kostendeckende Auskünfte für Bodenrichtwertauskünfte festsetzen
	5221 Wohnungs-bauförderung	Förderung	Verzicht auf Bezuschussung Privater für Wohnungsbau, Modernisierungs-, Schallschutz, und Energieeinsparmaßnahmen
	5221	Wohnungsgesellschaft	Bei Wohnungsgesellschaft Eigenkapitalverzinsung abschöpfen. Bei Unrentierlichkeit trotz eigener Konsolidierung Gesellschaftsanteile veräußern, gegebenenfalls unter Mitwirkungs- und Sozialklausel
	5231 Denkmalschutz und -pflege	Denkmäler	Pflege- und Unterhaltungsaufwand bei Denkmälern, Ausgrabungsstätten, Mahnmalen, Gedenkstätten reduzieren. Gegebenenfalls Übertragung an Ehrenamtliche, Kuratorien, Vereine
	53 Ver- und Entsorgung	Konzessionsabgabe	Konzessionsabgaben für Wasser, Abwasser, Strom, Gas, Fernwärme in gesetzlich maximaler Höhe erheben
	5311 Elektrizitäts-versorgung	Windenergie	Möglichst umfassende Beteiligung an der Wertschöpfungskette durch Pacht-, Betriebs- oder Beteiligungsmodelle gegebenenfalls in interkommunaler Zusammenarbeit
	533 Wasserversorgung	Trinkwasser Gebühren	Kostendeckende Gebühren erheben. Eigenkapitalverzinsung in rechtlich möglichem Rahmen (§ 5 Abs. 2a KAG-LSA) erwirtschaften.
	533	Umlagen	Bei Mitgliedschaft in einem Zweckverband darauf hinwirken, dass Umlagen weitest möglich vermieden werden. Keine Spenden- oder Sponsorentätigkeit durch Zweck-verband zulassen
	537 Abfallwirtschaft	Abfall Gebühren	Kostendeckende Gebühren erheben. Eigenkapitalverzinsung in rechtlich möglichem Rahmen (§ 5 Abs. 2a KAG-LSA) erwirtschaften.
	537	Umlagen	Bei Mitgliedschaft in einem Zweckverband darauf hinwirken, dass Umlagen weitest möglich vermieden werden. Keine Spenden- oder Sponsorentätigkeit durch Zweck-verband zulassen
	538 Abwasserbeseitigung	Niederschlagswasser Schmutzwasser	
	538	Gebühren	Kostendeckende Gebühren erheben. Eigenkapitalverzinsung in rechtlich möglichem Rahmen (§ 5 Abs. 2a KAG-LSA) erwirtschaften
	538	Umlagen	Bei Mitgliedschaft in einem Zweckverband darauf hinwirken, dass Umlagen weitest möglich vermieden werden. Keine Spenden- oder Sponsorentätigkeit durch Zweck-verband zulassen
	5411 Gemeindestraßen-Maßnahmen	Bürgerbeteiligung	Frühzeitige Bürgerbeteiligung bei Bau- und Verkehrsprojekten vorsehen, um kosten-trächtige Rechtsbehelfsverfahren zu vermeiden
	5411	Leistungsfähigkeit	Bau- und Ausbaustandards bei Straßen an Leistungsfähigkeit ausrichten, gegebenen-falls reduzieren

Produkt-klasse	**Produktbereich/ Produktgruppe/Produkt**	**Thema**	**Maßnahme**
	5411		Straßenausbauprogramme unter Einbeziehung der demographischen Entwicklung sowie bei veränderten örtlichen und regionalen Gegebenheiten stetig anpassen. Prüfen, ob eine Reduzierung von Straßenflächen sinnvoll ist, um Kosten für die Unterhaltung und die Ableitung von Niederschlagswasser einzusparen
	5411	Bewirtschaftung	Errichtung von Kreisverkehren, um eine allmähliche Reduzierung von unterhaltungs-aufwendigen Ampelkreuzungen zu realisieren, Zeitpunkt der Amortisation ermitteln
	5411	Instandhaltung	Nutzung von Absperrpfosten mit Sollbruchstelle, um bei Beschädigung Ausgaben für Erneuerung der Straßenoberfläche zu sparen
	5411	Privatisierung	Straßenunterhaltung durch private Dienstleister oder in interkommunaler Kooperation vornehmen
	5411	Bewirtschaftungskosten	Reduzierung der Pflege des Straßenbegleitgrüns durch Aufgabe oder Minderung des Bestands, bauliche Maßnahmen, Übertragung der Pflege auf Paten, Veräußerung von Grundstücken.
	5411	Erschließung Städtebaulicher Vertrag	Erschließungskosten durch Vereinbarung gemäß § 11 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 BauGB vollständig (ohne gemeindlichen Eigenanteil) vom Vertragspartner (auch von Mit- und Eigengesellschaften) übernehmen lassen
	5411	Erschließungsbeitrag	Erhebung von Erschließungsbeiträgen einschließlich Vorausleitungen in größtmöglichem rechtlichen Rahmen
	5411	Sondernutzungsgebühren	Konsequente Gebührenfestsetzung für Sondernutzungen von öffentlichen Straßen, Plätzen, Flächen
	5412 Gemeindestraßen-Verkehrsanlagen	Betriebskosten	Ampelanlagen temporär (zum Beispiel nachts, am Wochenende, in den Schulferien) abschalten
	5412		Ampelanlagen und Verkehrszeichen bei Rentierlichkeit auf LED-Technik umrüsten
	5421 Kreisstraßen – Maßnahmen		Siehe 5411
	5422 Kreisstraßen – Verkehrsanlagen		Siehe 5412
	5451 Straßenreinigung, Winterdienst, Straßen-beleuchtung	Energiekosten	Rückbau von Beleuchtungsanlagen. Dichte von Beleuchtungsanlagen reduzieren. Nächtliche Abschaltungen, sofern nicht Gefahrenpunkte betroffen.
	5451		Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technologie möglichst unter Weiter-nutzung vorhandener Leuchten, gegebenenfalls über Contracting-Modell
	5451	Instandhaltung	Unterhaltung der Straßenbeleuchtung in interkommunaler Zusammenarbeit durch-führen oder privatisieren, gegebenenfalls Contracting-Modell
	5451	Energiekosten	Straßenbeleuchtung mit Dimmtechnik ausstatten
	5451		Einsatz bedarfsgerechter Straßenbeleuchtung in bestimmten Bereichen „Licht per Anruf“

Produkt-klasse	**Produktbereich/ Produktgruppe/Produkt**	**Thema**	**Maßnahme**
	5451		Straßenbeleuchtung in Verbindung mit Bewegungsmeldern in bestimmten Bereichen einsetzen
	5451	Einnahmen	Laternenmastwerbung einführen
	5451	Gebühren Straßenreinigung und Winterdienst	Weitestmögliche Kostendeckung durch Satzung gemäß § 50 Abs.1 Nr. 3 StrG LSA herbeiführen, sofern keine Übertragung der Pflichten auf Eigentümer oder Besitzer der erschlossenen Grundstücke erfolgt
	5451	Privatisierung	Wirtschaftlichkeitsvergleiche zur Erledigung der Straßenreinigung und des Winterdienstes zwischen eigener oder interkommunaler oder privatisierter Erledigung durchführen.
	5451	Bewirtschaftungskosten	Einsatzintervalle für Kehrmaschinen verlängern
	5451	Poolausschreibung	Interkommunal gemeinsame Beschaffung von Auftausalzen und Streugut
	5451	Betriebskosten	Erledigung des Winterdienstes auf verkehrswichtige Straßen und gefährliche Gefahrenpunkte beschränken.
	5461 Parkplätze und -häuser	Parkgebühren	Entgelte für die Inanspruchnahme öffentlicher Parkplätze und Parkbauten einführen oder erhöhen, gegebenenfalls bei Händlerschaft für Vergütung werben.
	5461	Anwohnerparken	Einführen von Anwohnerparkausweisen
	5461	Einnahmen	Vermarktung möglicher Werbeflächen auf Parkplätzen und in Parkhäusern
	5461		Parkentgelte auch für eigenes Personal einführen
	5461	Privatisierung	Rentierlichkeit von Parkplätzen prüfen, gegebenenfalls verpachten
	5461		Rentierlichkeit von Parkhäusern und Tiefgaragen prüfen, gegebenenfalls veräußern oder verpachten
	547 ÖPNV	Zuschussreduzierung	Reduzierung des Fahrplanangebots. Saison- und Nebensaison (Schulferien-) Fahrpläne. Taktreduzierung und Anpassung der Streckenführung.
	547	Rufbus	Auf ausgewählten Strecken oder zu bestimmten Zeiten Einsatz von Rufbussen
	547	Privatisierung	Vergabe von Busleistungen ganz oder teilweise (zum Beispiel nur Schülerverkehr) an Dritte
	547	Veröffentlichungen	Verzicht auf kostenfreie Fahrplanhefte. Fahrpläne im Internet breitstellen
	547	Privatisierung	Veräußerung von Verkehrsgesellschaften oder Anteilen
	547	Bürgerbus	Ergänzung des ÖPNV-Netzes durch Bürgerbusse
	547	Einnahmen	Bereitstellung von Werbeflächen an Haltestellen und in Bussen und Bahnen
	5511 Öffentliches Grün und Landschaftsbau	Leistungsfähigkeit	Park- und Grünanlagen an Leistungsfähigkeit ausrichten, gegebenenfalls reduzieren
	5511	Bewirtschaftung	Pflegintensive Bereiche umgestalten. Auf Wechselbepflanzungen, Pflanzinseln, Blumenschmuck verzichten. Pflegestandards senken.

Produkt-klasse	**Produktbereich/ Produktgruppe/Produkt**	**Thema**	**Maßnahme**
	5511	Sponsoring	Für den Betrieb von Zierbrunnen Sponsoren („Brunnenpaten“) gewinnen, sonst einstellen
	5511		Neue Sitzbänke nur anschaffen, wenn diese (und ihre Pflege) gesponsert werden
	5511	Bürgerschaftliches/ gewerbliches Engagement	Initiierung eines Aktionsprogramms für die Übernahme von Pflege und Verschönerung von öffentlichen Grünflächen durch Vereine und Private, um systematisch Unterstützungsstrukturen zu schaffen. Patenschaften für Grünpflegearbeiten mobilisieren (Bürger einbinden). Pflege von kleineren Grünflächen (Straßengrün oder Pflanzkübel) auf private (gewerbliche) Anlieger in Form von Patenschaften übertragen
	5511	Privatisierung	Wirtschaftlichkeit eigener Gärtnereien kritisch (zum Beispiel Auslastung technischer Geräte) prüfen. Vergleich mit Angeboten Privater. Aufgabe gegebenenfalls ganz oder teilweise privatisieren.
	552 Öffentliche Gewässer und wasserbauliche Anlagen	Zuschussreduzierung	Satzung zur weitest möglichen Abwälzung der Verbandsbeiträge schaffen, gegebenenfalls mit Mindestumlage (§ 56 WG LSA), Kleinbeträge mitsamt anderen Abgaben festsetzen
	553 Friedhofs- und Bestattungswesen	Zuschussreduzierung	
	5531 Friedhöfe	Leistungsfähigkeit	Beschränkung auf bedarfsgerechte und leistungsfähigkeitsangemessene Anzahl von Einrichtungen unter Wahrung der Ruherechte
	5531	Bewirtschaftungskosten	Bedarf und Realisierung von Baumgrabstätten prüfen
	5531		Nicht mehr benötigte Friedhofsflächen entwidmen und als Kompensationsflächen nutzen
	5531		Pflegeaufwand durch naturnahe Begrünung begrenzen, Grabpflegearbeiten sowie Aushub und Herrichten des Grabes und Leichenbeförderung Privaten übertragen. Ungepflegte Grabstätten konsequent einziehen und Gräber nach Ende der Mietzeit abräumen und Wiedernutzung nach Ablauf der Ruhezeit durchführen
	5531	Gebühren	Kostendeckende Gebühren im Friedhofs- und Bestattungswesen erheben. Gestaltungsspielraum nutzen. Nicht gebührenfähige Grünanteile von Einrichtungen nach Möglichkeit verkleinern
	5531	Privatisierung	Sofern kein rentierlicher Betrieb eigener Friedhofsgärtnerei möglich, Gärtnereiarbeiten auf Private übertragen
	5532 Krematorien	Privatisierung	Sofern kein rentierlicher Betrieb möglich, privatisieren
	5541 Naturschutz und Landschaftspflege	Zuschussreduzierung	Freiwillige Förderung für Naturschutz und Tierschutz an Leistungsfähigkeit ausrichten, gegebenenfalls reduzieren
	5551 Land- und Forstwirtschaft	Einnahmen	Steigerung des Ist-Einschlages im kommunalen Forst. Ermittlung der Rentierlichkeit neuer Geschäftsfelder wie zum Beispiel Vermarktung von Energieholz und Lagerung
	5551	Vermögensverwertung	Veräußerung kommunaler Forstflächen

Produkt-klasse	**Produktbereich/ Produktgruppe/Produkt**	**Thema**	**Maßnahme**
	5611 Umweltinformation und -koordination	Zuschussreduzierung	Zuschüsse für Solar- und Energieberatungszentren reduzieren oder streichen
	5612 Besondere Dienstleistungen im Umweltmanagement	Ehrenamt	Freiwillige Leistungen, die sich aus Klimaschutz und Agenda 21 ergeben, auf Vereine, Stiftungen, Ehrenamtliche verlagern
	5612	Zuschussreduzierung	Angebote im Bereich Umweltberatung im Umfang reduzieren oder streichen
	5614 Schutzmaßnahmen Luft, Klima und Lärm	Zuschussreduzierung	Förderprogramme für Photovoltaikanlagen oder energetische Sanierung von Privatgebäuden reduzieren oder streichen
	5711 Wirtschaftsförderung	Marketing	Wirksamkeit von Marketingmaßnahmen kritisch prüfen. Grundsätzlich Verzicht auf Gutachten, wirtschaftliche Stärken und Schwächen können auch in Zusammenarbeit mit örtlichen Gewerbetreibenden und deren verbandlich organisierten Zusammenschlüssen ermittelt werden
	5711	Ansiedlung	Ansiedlungswerbung nur in Bereichen mit realistisch hohen Erfolgsaussichten, Betreuung vorhandener Gewerbebetriebe (Bestandspflege, Erweiterungsoptionen) strukturieren. Neuansiedlungen nach Kriterien wir Gewerbesteuer- oder Arbeitsplatzpotential priorisieren
	5711	Liegenschaftsmanagement	Strategie des Liegenschaftsmanagements auf Bedürfnisse der Wirtschaftsförderung abstimmen, zum Beispiel durch prospektive An- und Verkäufe von Grundstücken sowie bei der Erschließung
	5711	Gewerbliches Engagement	Aktivitäten zur Wirtschafts- und Gewerbeförderung wie zum Beispiel gewerbliche Ausstellungen, Weihnachtsbeleuchtungen, Märkte, dem Einzelhandel, Gewerbetreibenden, Werbegemeinschaften anvertrauen
	5711		Lokale Unternehmenszusammenschlüsse zur Aufwertung kommunaler Quartiere (Marktplätze, Einkaufszonen) initiieren
	573 Allgemeine Einrichtungen und Wirtschaftliche Unternehmen		
	5731 Allgemeine Einrichtungen, Wirtschaftliche Unternehmen	Gebühren	Kostendeckende Gebühren und Entgelte bei Jahr-, Weihnachts- und Wochenmärkten erheben
	5731		Kostendeckende Gebühren und Entgelte bei Erholungsstätten und Campingplätzen erheben
	5751 Tourismus	Leistungsfähigkeit	Zuschuss dem unbedingten Bedarf und der Leistungsfähigkeit anpassen, gegebenenfalls reduzieren oder streichen
	5751	Marketing	Wirksamkeit von Marketingmaßnahmen kritisch prüfen. Doppelangebote unterbinden. Auf kostenintensive Publikationen zugunsten Internetangeboten verzichten

Produkt-klasse	**Produktbereich/ Produktgruppe/Produkt**	**Thema**	**Maßnahme**
	5751	Abstimmung	Gemeinsame Maßnahmedurchführung, Werbestrategien und Veranstaltungsabstimmungen mit Nachbarkommunen, insbesondere zur Ergänzung von touristischen Angeboten
	5751	Verbandsmitgliedschaft	Mitgliedschaften in Verbänden und Organisationen hinsichtlich Zielerreichung auf Erforderlichkeit prüfen. Gegebenenfalls profitierende Unternehmen an Kosten beteiligen
	5751	Stellen Personalkosten	Gegebenenfalls Verzicht auf feste Anstellungen, dafür Einsatz von Saisonkräften erwägen
	5751	Ehrenamt	Vereine, Ehrenamtliche für die Beschilderung von Wanderwegen gewinnen
	5751	Sponsoring	Sponsoring von Parkbänken, Hinweistafeln, Beschilderung einwerben
6 Zentrale Finanzleistungen			
	6111 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen		
	6111	Veranlagungsmanagement	Veranlagungsmanagement Realsteuern: Selbständige und unverzügliche Vornahme von Vorauszahlungsanpassungen wegen Liquidität, auch bei neuen Betrieben. Aktive Beeinflussung der Buchungstermine im Hinblick auf Vollverzinsung gemäß § 223a AO.
	6111	Hundesteuer	Festsetzung oder Anpassung. Bestandsaufnahme durchführen, gegebenenfalls auf privaten Dienstleister zurückgreifen (§ 10 KAG-LSA)
	6111	Zweitwohnungssteuer	Festsetzung oder Anpassung. Keine Degression vorsehen, Progression grundsätzlich möglich. Auch für Bungalows, Datschen oder Ähnlichem, sofern Ver- und Entsorgungseinrichtungen in vertretbarer Nähe.
	6111	Stellplatzsteuer Dauercamper	Festsetzung oder Anpassung
	6111	Übernachtungssteuer	Festsetzung oder Anpassung
	6111	Kurtaxe	Festsetzung oder Überprüfung auf mögliche vollständige Kostendeckung, gegebenenfalls zusammen mit betrieblicher Tourismusabgabe
	6111	Betriebliche Tourismusabgabe	Prüfung, ob Anwendungsbereich aufgrund Übernachtungsanzahl auch ohne staatliche Anerkennung eröffnet ist. Festsetzung oder Überprüfung auf mögliche vollständige Kostendeckung, gegebenenfalls zusammen mit Kurtaxe
	6111	Vergnügungssteuer	Festsetzung oder Anpassung insbesondere von Karten-, Spielgeräte-, Musikgerätesteuer
	6111	Verwaltungskostensatzung	Überprüfung auf vollständige Kostendeckung

Anlage 5

Zuschussbedarfsliste der einzelnen Produktbereiche der Mittelzentren in Sachsen-Anhalt gemäß Haushaltsplanung 2025 HKS

Kreisfreie Stadt Landkreis Einheitsgemeinde VBG-angehörige Gemeinde Verbandsgemeinde (VBG)	Einwohner 30.06.2024	Leistungsfähigkeit	VI.1) Zuschussbedarfsliste P. 1113				VI.2) Zuschussbedarfsliste P. 1117				VI.3) Zuschussbedarfsliste Pg. 126			
			Zentrale Dienste				Management Sachvermögen				Brandschutz			
			Aufwand	Ertrag	Zuschussbedarf	Zuschussbedarf je EW	Aufwand	Ertrag	Zuschussbedarf	Zuschussbedarf je EW	Aufwand	Ertrag	Zuschussbedarf	Zuschussbedarf je EW
		2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025
			EUR	EUR	EUR	EUR/EW	EUR	EUR	EUR	EUR/EW	EUR	EUR	EUR	EUR/EW
Salzwedel, Hansestadt	23.051	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	2.338.500	12.800	2.325.700	100,89	2.172.600	563.900	1.608.700	69,79	1.869.700	144.000	1.725.700	74,86
Bitterfeld-Wolfen, Stadt	36.677	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	4.415.600	284.100	4.131.500	112,65	3.145.900	1.807.100	1.338.800	36,50	2.364.700	232.200	2.132.500	58,14
Köthen (Anhalt), Stadt	24.009	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	2.342.700	2.482.900	-140.200	-5,84	2.270.500	646.400	1.624.100	67,65	1.175.800	51.700	1.124.100	46,82
Zerbst/Anhalt, Stadt	21.309	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	4.156.000	2.394.200	1.761.800	82,68	1.352.400	1.040.900	311.500	14,62	1.686.200	182.500	1.503.700	70,57
Haldensleben, Stadt	19.149	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	1.141.500	304.200	837.300	43,73	1.107.200	864.700	242.500	12,66	1.247.100	170.100	1.077.000	56,24
Oschersleben (Bode), Stadt	18.822	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	2.093.900	386.100	1.707.800	90,73	4.148.900	1.144.800	3.004.100	159,61	1.055.300	100.600	954.700	50,72
Naumburg (Saale), Stadt	32.088	Gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit				0,00				0,00				0,00
Zeitz, Stadt	28.366	Weggefallene dauernde Leistungsfähigkeit	2.799.400	1.030.200	1.769.200	62,37	2.637.800	1.019.900	1.617.900	57,04	2.701.300	76.800	2.624.500	92,52
Halberstadt, Stadt	37.714	Gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit	1.804.200	173.400	1.630.800	43,24	4.118.200	3.593.700	524.500	13,91	4.672.900	246.800	4.426.100	117,36
Quedlinburg, Welterbestadt	23.180	Gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit	3.424.800	147.200	3.277.600	141,40	2.539.400	522.500	2.016.900	87,01	860.200	70.000	790.200	34,09
Wernigerode, Stadt	32.320	Gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit	2.625.100	1.700	2.623.400	81,17	6.179.500	5.372.800	806.700	24,96	2.902.300	160.100	2.742.200	84,85
Burg, Stadt	22.450	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	3.574.400	2.777.500	796.900	35,50	1.641.600	739.700	901.900	40,17	1.443.800	77.300	1.366.500	60,87
Eisleben, Lutherstadt	22.644	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	391.200	278.700	112.500	4,97	1.903.400	477.400	1.426.000	62,97	2.548.000	366.200	2.181.800	96,35
Sangerhausen, Stadt	25.552	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	4.293.100	2.939.800	1.353.300	52,96	1.824.000	693.200	1.130.800	44,25	1.142.700	378.100	764.600	29,92
Merseburg, Stadt	34.313	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	1.588.574	39.600	1.548.974	45,14	6.410.981	2.551.593	3.859.388	112,48	3.299.057	83.760	3.215.297	93,70
Aschersleben, Stadt	25.741	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	1.741.700	73.000	1.668.700	64,83	1.487.400	1.183.400	304.000	11,81	1.403.900	149.700	1.254.200	48,72
Bernburg (Saale), Stadt	30.916	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	6.590.500	2.385.100	4.205.400	136,03	5.677.500	5.123.000	554.500	17,94	2.331.900	116.100	2.215.800	71,67

Schönebeck (Elbe), Stadt	30.419	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	1.889.900	37.600	1.852.300	60,89	2.488.300	5.462.500	-2.974.200	-97,77	1.437.700	105.000	1.332.700	43,81
Staßfurt, Stadt	23.293	Gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit	3.834.900	48.000	3.786.900	162,58	929.400	979.000	-49.600	-2,13	1.746.400	85.500	1.660.900	71,30
Stendal, Hansestadt	37.796	Weggefallene dauernde Leistungsfähigkeit	4.449.900	3.060.000	1.389.900	36,77	5.236.000	996.800	4.239.200	112,16	3.160.100	314.300	2.845.800	75,29
Wittenberg, Lutherstadt	45.350	Weggefallene dauernde Leistungsfähigkeit	1.522.800	45.200	1.477.600	32,58	11.825.300	5.365.100	6.460.200	142,45	5.697.400	340.100	5.357.300	118,13

Kreisfreie Stadt Landkreis Einheitsgemeinde VBG-angehörige Gemeinde Verbandsgemeinde (VBG)	Einwohner 30.06.2024	Leistungsfähigkeit	VI.4) Zuschussbedarfsliste Pb. 21				VI.5) Zuschussbedarfsliste Pg. 252				VI.6) Zuschussbedarfsliste Pb. 27			
			Allgemeinbildende Schulen				Nichtwissenschaftliche Museen, Sammlungen				Volksbildung			
			Aufwand	Ertrag	Zuschussbedarf	Zuschussbedarf je EW	Aufwand	Ertrag	Zuschussbedarf	Zuschussbedarf je EW	Aufwand	Ertrag	Zuschussbedarf	Zuschussbedarf je EW
		2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025
			EUR	EUR	EUR	EUR/EW	EUR	EUR	EUR	EUR/EW	EUR	EUR	EUR	EUR/EW
Salzwedel, Hansestadt	23.051	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	1.975.900	230.300	1.745.600	75,73	198.900	1.700	197.200	8,55	753.900	168.900	585.000	25,38
Bitterfeld-Wolfen, Stadt	36.677	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	1.906.100	213.100	1.693.000	46,16	0	0	0	0,00	433.900	53.000	380.900	10,39
Köthen (Anhalt), Stadt	24.009	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	1.789.500	125.700	1.663.800	69,30	287.300	88.600	198.700	8,28	653.700	39.000	614.700	25,60
Zerbst/Anhalt, Stadt	21.309	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	1.477.400	106.000	1.371.400	64,36	388.400	43.800	344.600	16,17	248.100	9.600	238.500	11,19
Haldensleben, Stadt	19.149	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	1.707.900	300.400	1.407.500	73,50	135.700	3.200	132.500	6,92	367.000	38.400	328.600	17,16
Oschersleben (Bode), Stadt	18.822	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	758.000	12.700	745.300	39,60	5.500	500	5.000	0,27	501.300	30.000	471.300	25,04
Naumburg (Saale), Stadt	32.088	Gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit				0,00				0,00				0,00
Zeitz, Stadt	28.366	Weggefallene dauernde Leistungsfähigkeit	4.533.700	901.400	3.632.300	128,05	1.318.900	198.000	1.120.900	39,52	508.900	41.100	467.800	16,49
Halberstadt, Stadt	37.714	Gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit	3.010.500	185.300	2.825.200	74,91	828.100	99.100	729.000	19,33	952.400	76.800	875.600	23,22
Quedlinburg, Welterbestadt	23.180	Gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit	1.410.000	98.600	1.311.400	56,57	1.167.000	247.800	919.200	39,65	250.000	0	250.000	10,79
Wernigerode, Stadt	32.320	Gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit	2.277.200	130.700	2.146.500	66,41	509.900	70.800	439.100	13,59	630.300	46.000	584.300	18,08
Burg, Stadt	22.450	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	1.581.900	177.100	1.404.800	62,57	51.700	3.800	47.900	2,13	388.800	45.600	343.200	15,29
Eisleben, Lutherstadt	22.644	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	1.840.600	242.900	1.597.700	70,56	0	0	0	0,00	327.400	8.900	318.500	14,07
Sangerhausen, Stadt	25.552	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	2.756.700	403.200	2.353.500	92,11	358.500	46.000	312.500	12,23	290.500	18.700	271.800	10,64
Merseburg, Stadt	34.313	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	1.308.398	24.440	1.283.958	37,42	116.505	5.490	111.015	3,24	559.350	98.800	460.550	13,42
Aschersleben, Stadt	25.741	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	2.746.100	1.026.600	1.719.500	66,80	0	0	0	0,00	0	0	0	0,00
Bernburg (Saale), Stadt	30.916	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	1.844.700	188.800	1.655.900	53,56	42.700	8.000	34.700	1,12	695.000	69.600	625.400	20,23

Schönebeck (Elbe), Stadt	30.419	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	2.096.600	204.300	1.892.300	62,21	144.100	8.000	136.100	4,47	328.900	32.100	296.800	9,76
Staßfurt, Stadt	23.293	Gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit	2.864.400	147.200	2.717.200	116,65	403.900	7.500	396.400	17,02	283.900	9.500	274.400	11,78
Stendal, Hansestadt	37.796	Weggefallene dauernde Leistungsfähigkeit	5.224.400	1.034.100	4.190.300	110,87	908.800	75.200	833.600	22,06	969.000	297.500	671.500	17,77
Wittenberg, Lutherstadt	45.350	Weggefallene dauernde Leistungsfähigkeit	3.862.500	1.408.500	2.454.000	54,11	1.406.000	28.200	1.377.800	30,38	847.600	500	847.100	18,68

Kreisfreie Stadt Landkreis Einheitsgemeinde VBG-angehörige Gemeinde Verbandsgemeinde (VBG)	Einwohner 30.06.2024	Leistungsfähigkeit	VI.7) Zuschussbedarfsliste Pb. 28				VI.8) Zuschussbedarfsliste Pg. 365				VI.9) Zuschussbedarfsliste Pg. 366			
			Örtliche Kulturaufgaben				Tageseinrichtungen für Kinder				Einrichtungen der Jugendarbeit			
			Aufwand	Ertrag	Zuschussbedarf	Zuschussbedarf je EW	Aufwand	Ertrag	Zuschussbedarf	Zuschussbedarf je EW	Aufwand	Ertrag	Zuschussbedarf	Zuschussbedarf je EW
		2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025
			EUR	EUR	EUR	EUR/EW	EUR	EUR	EUR	EUR/EW	EUR	EUR	EUR	EUR/EW
Salzwedel, Hansestadt	23.051	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	263.100	65.900	197.200	8,55	6.110.900	987.600	5.123.300	222,26	224.300	15.000	209.300	9,08
Bitterfeld-Wolfen, Stadt	36.677	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	863.700	6.300	857.400	23,38	12.167.600	4.054.100	8.113.500	221,21	313.600	58.000	255.600	6,97
Köthen (Anhalt), Stadt	24.009	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	741.000	700	740.300	30,83	11.924.500	6.344.800	5.579.700	232,40	1.006.400	455.600	550.800	22,94
Zerbst/Anhalt, Stadt	21.309	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	468.800	119.600	349.200	16,39	7.495.100	2.995.900	4.499.200	211,14	503.700	57.800	445.900	20,93
Haldensleben, Stadt	19.149	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	2.347.400	374.400	1.973.000	103,03	12.704.600	5.765.300	6.939.300	362,38	1.002.900	281.800	721.100	37,66
Oschersleben (Bode), Stadt	18.822	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	269.000	29.000	240.000	12,75	9.513.200	3.986.800	5.526.400	293,61	131.900	8.800	123.100	6,54
Naumburg (Saale), Stadt	32.088	Gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit				0,00				0,00				0,00
Zeitz, Stadt	28.366	Weggefallene dauernde Leistungsfähigkeit	510.700	45.600	465.100	16,40	19.515.900	10.177.700	9.338.200	329,20	636.100	5.900	630.200	22,22
Halberstadt, Stadt	37.714	Gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit	2.364.900	5.300	2.359.600	62,57	19.362.400	11.337.200	8.025.200	212,79	96.900	0	96.900	2,57
Quedlinburg, Welterbestadt	23.180	Gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit	1.364.800	25.000	1.339.800	57,80	10.757.700	4.361.000	6.396.700	275,96	416.800	13.300	403.500	17,41
Wernigerode, Stadt	32.320	Gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit	334.000	113.200	220.800	6,83	20.958.500	11.453.400	9.505.100	294,09	947.700	105.700	842.000	26,05
Burg, Stadt	22.450	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	325.000	159.800	165.200	7,36	13.440.200	7.908.700	5.531.500	246,39	398.300	37.700	360.600	16,06
Eisleben, Lutherstadt	22.644	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	621.900	25.200	596.700	26,35	6.564.400	942.100	5.622.300	248,29	170.700	10.100	160.600	7,09
Sangerhausen, Stadt	25.552	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	299.500	128.700	170.800	6,68	12.657.800	6.548.500	6.109.300	239,09	402.200	20.200	382.000	14,95
Merseburg, Stadt	34.313	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	1.553.692	462.650	1.091.042	31,80	7.719.046	285.090	7.433.956	216,65	630.568	104.930	525.638	15,32
Aschersleben, Stadt	25.741	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	354.800	227.500	127.300	4,95	16.014.900	10.669.100	5.345.800	207,68	564.500	14.200	550.300	21,38
Bernburg (Saale), Stadt	30.916	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	319.600	10.800	308.800	9,99	22.575.400	13.141.100	9.434.300	305,16	1.072.000	141.000	931.000	30,11

Schönebeck (Elbe), Stadt	30.419	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	318.700	19.700	299.000	9,83	15.470.200	11.839.300	3.630.900	119,36	839.700	29.700	810.000	26,63
Staßfurt, Stadt	23.293	Gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit	826.900	26.000	800.900	34,38	16.375.300	9.130.600	7.244.700	311,02	1.062.800	49.300	1.013.500	43,51
Stendal, Hansestadt	37.796	Weggefallene dauernde Leistungsfähigkeit	376.400	51.400	325.000	8,60	20.792.500	9.782.800	11.009.700	291,29	1.613.400	204.000	1.409.400	37,29
Wittenberg, Lutherstadt	45.350	Weggefallene dauernde Leistungsfähigkeit	901.500	95.000	806.500	17,78	15.372.100	1.347.000	14.025.100	309,26	886.200	156.800	729.400	16,08

Kreisfreie Stadt Landkreis Einheitsgemeinde VBG-angehörige Gemeinde Verbandsgemeinde (VBG)	Einwohner 30.06.2024	Leistungsfähigkeit	VI.10) Zuschussbedarfsliste Pb. 42				VI.11) Zuschussbedarfsliste Pg. 538				VI.12) Zuschussbedarfsliste P. 5451			
			Sportförderung				Abwasserbeseitigung				Straßenreinigung, Winterdienst, Straßenbeleuchtung			
			Aufwand	Ertrag	Zuschussbedarf	Zuschussbedarf je EW	Aufwand	Ertrag	Zuschussbedarf	Zuschussbedarf je EW	Aufwand	Ertrag	Zuschussbedarf	Zuschussbedarf je EW
		2025	2025 EUR	2025 EUR	2025 EUR	2025 EUR/EW	2025 EUR	2025 EUR	2025 EUR	2025 EUR/EW	2025 EUR	2025 EUR	2025 EUR	2025 EUR/EW
Salzwedel, Hansestadt	23.051	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	2.273.900	260.800	2.013.100	87,33	0	0	0	0,00	1.563.300	329.300	1.234.000	53,53
Bitterfeld-Wolfen, Stadt	36.677	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	1.548.000	273.800	1.274.200	34,74	784.400	13.000	771.400	21,03	2.788.200	293.300	2.494.900	68,02
Köthen (Anhalt), Stadt	24.009	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	1.525.900	40.800	1.485.100	61,86	560.000	0	560.000	23,32	1.404.100	1.111.600	292.500	12,18
Zerbst/Anhalt, Stadt	21.309	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	1.036.100	203.100	833.000	39,09	506.300	71.000	435.300	20,43	1.114.000	197.500	916.500	43,01
Haldensleben, Stadt	19.149	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	1.189.900	204.300	985.600	51,47				0,00	1.718.100	382.500	1.335.600	69,75
Oschersleben (Bode), Stadt	18.822	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	1.686.200	473.500	1.212.700	64,43	0	0	0	0,00	919.000	198.600	720.400	38,27
Naumburg (Saale), Stadt	32.088	Gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit				0,00				0,00				0,00
Zeitz, Stadt	28.366	Weggefallene dauernde Leistungsfähigkeit	2.924.100	1.666.700	1.257.400	44,33	43.900	15.000	28.900	1,02	1.465.700	465.600	1.000.100	35,26
Halberstadt, Stadt	37.714	Gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit	765.800	44.200	721.600	19,13	49.100	0	49.100	1,30	3.893.600	2.080.700	1.812.900	48,07
Quedlinburg, Welterbestadt	23.180	Gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit	704.000	90.100	613.900	26,48	0	0	0	0,00	853.400	299.300	554.100	23,90
Wernigerode, Stadt	32.320	Gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit	3.066.900	847.400	2.219.500	68,67	0	0	0	0,00	2.134.300	680.200	1.454.100	44,99
Burg, Stadt	22.450	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	1.620.200	437.800	1.182.400	52,67	0	0	0	0,00	1.437.600	443.900	993.700	44,26
Eisleben, Lutherstadt	22.644	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	780.000	20.500	759.500	33,54	97.400	8.800	88.600	3,91	2.100.000	245.000	1.855.000	81,92
Sangerhausen, Stadt	25.552	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	1.121.900	243.600	878.300	34,37	328.000	0	328.000	12,84	1.490.600	42.600	1.448.000	56,67
Merseburg, Stadt	34.313	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	1.233.186	276.710	956.476	27,88	0	0	0	0,00	2.222.135	163.130	2.059.005	60,01
Aschersleben, Stadt	25.741	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	1.683.800	136.900	1.546.900	60,09	0	0	0	0,00	1.855.600	316.500	1.539.100	59,79
Bernburg (Saale), Stadt	30.916	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	237.700	31.600	206.100	6,67	474.000	0	474.000	15,33	2.079.300	332.400	1.746.900	56,50

Schönebeck (Elbe), Stadt	30.419	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	2.880.400	305.800	2.574.600	84,64	8.378.300	7.674.400	703.900	23,14	1.696.400	225.800	1.470.600	48,34
Staßfurt, Stadt	23.293	Gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit	2.491.300	247.300	2.244.000	96,34	1.215.200	72.600	1.142.600	49,05	1.432.500	180.000	1.252.500	53,77
Stendal, Hansestadt	37.796	Weggefallene dauernde Leistungsfähigkeit	2.677.700	346.400	2.331.300	61,68	762.600	595.700	166.900	4,42	2.088.300	643.900	1.444.400	38,22
Wittenberg, Lutherstadt	45.350	Weggefallene dauernde Leistungsfähigkeit	1.541.700	201.000	1.340.700	29,56	531.800	0	531.800	11,73	2.588.200	516.200	2.072.000	45,69

Kreisfreie Stadt Landkreis Einheitsgemeinde VBG-angehörige Gemeinde Verbandsgemeinde (VBG)	Einwohner 30.06.2024	Leistungsfähigkeit	VI.13) Zuschussbedarfsliste Pg. 551				VI.14) Zuschussbedarfsliste Pg. 552				VI.15) Zuschussbedarfsliste Pg. 553			
			Öffentliches Grün/Landschaftsbau				Öffentliche Gewässer/Wasserbauliche Anlagen				Friedhofs- und Bestattungswesen			
			Aufwand	Ertrag	Zuschussbedarf	Zuschussbedarf je EW	Aufwand	Ertrag	Zuschussbedarf	Zuschussbedarf je EW	Aufwand	Ertrag	Zuschussbedarf	Zuschussbedarf je EW
		2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025
			EUR	EUR	EUR	EUR/EW	EUR	EUR	EUR	EUR/EW	EUR	EUR	EUR	EUR/EW
Salzwedel, Hansestadt	23.051	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	685.700	2.000	683.700	29,66	608.400	464.600	143.800	6,24	295.400	132.700	162.700	7,06
Bitterfeld-Wolfen, Stadt	36.677	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	3.691.200	189.700	3.501.500	95,47	238.700	106.500	132.200	3,60	1.357.300	835.000	522.300	14,24
Köthen (Anhalt), Stadt	24.009	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	2.328.100	1.382.400	945.700	39,39	525.500	114.500	411.000	17,12	874.600	552.100	322.500	13,43
Zerbst/Anhalt, Stadt	21.309	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	1.675.100	7.300	1.667.800	78,27	642.400	526.800	115.600	5,42	467.300	189.600	277.700	13,03
Haldensleben, Stadt	19.149	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	1.852.400	447.700	1.404.700	73,36	331.000	312.800	18.200	0,95	606.200	226.000	380.200	19,85
Oschersleben (Bode), Stadt	18.822	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	1.779.600	100	1.779.500	94,54	413.100	320.000	93.100	4,95	416.100	270.700	145.400	7,73
Naumburg (Saale), Stadt	32.088	Gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit				0,00				0,00				0,00
Zeitz, Stadt	28.366	Weggefallene dauernde Leistungsfähigkeit	3.027.500	498.000	2.529.500	89,17	299.400	154.400	145.000	5,11	102.700	68.000	34.700	1,22
Halberstadt, Stadt	37.714	Gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit	1.697.800	26.400	1.671.400	44,32	467.100	203.200	263.900	7,00	1.214.000	849.100	364.900	9,68
Quedlinburg, Welterbestadt	23.180	Gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit	473.600	64.900	408.700	17,63	299.400	54.800	244.600	10,55	460.100	304.600	155.500	6,71
Wernigerode, Stadt	32.320	Gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit	2.776.500	465.600	2.310.900	71,50	341.000	252.800	88.200	2,73	691.300	278.000	413.300	12,79
Burg, Stadt	22.450	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	1.687.000	221.500	1.465.500	65,28	211.900	177.600	34.300	1,53	642.700	484.800	157.900	7,03
Eisleben, Lutherstadt	22.644	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	1.673.400	84.500	1.588.900	70,17	235.500	150.000	85.500	3,78	103.000	0	103.000	4,55
Sangerhausen, Stadt	25.552	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	1.339.100	104.200	1.234.900	48,33	380.200	334.100	46.100	1,80	750.000	628.100	121.900	4,77
Merseburg, Stadt	34.313	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	729.100	66.000	663.100	19,33	231.883	34.270	197.613	5,76	411.329	335.480	75.849	2,21
Aschersleben, Stadt	25.741	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	1.615.500	122.500	1.493.000	58,00	339.700	300.200	39.500	1,53	5.000	0	5.000	0,19
Bernburg (Saale), Stadt	30.916	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	2.043.100	95.400	1.947.700	63,00	363.700	3.368.800	-3.005.100	-97,20	1.053.600	575.600	478.000	15,46

Schönebeck (Elbe), Stadt	30.419	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	1.580.400	65.500	1.514.900	49,80	500.500	131.600	368.900	12,13	912.100	576.300	335.800	11,04
Staßfurt, Stadt	23.293	Gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit	1.339.300	86.600	1.252.700	53,78	741.100	321.000	420.100	18,04	1.920.600	828.000	1.092.600	46,91
Stendal, Hansestadt	37.796	Weggefallene dauernde Leistungsfähigkeit	2.626.600	120.800	2.505.800	66,30	651.400	426.800	224.600	5,94	878.900	539.300	339.600	8,99
Wittenberg, Lutherstadt	45.350	Weggefallene dauernde Leistungsfähigkeit	2.190.600	4.200	2.186.400	48,21	789.400	704.700	84.700	1,87	400.400	296.700	103.700	2,29

Kreisfreie Stadt Landkreis Einheitsgemeinde VBG-angehörige Gemeinde Verbandsgemeinde (VBG)	Einwohner 30.06.2024	Leistungsfähigkeit	VI.16) Zuschussbedarfsliste Pg. 573				VI.17) Zuschussbedarfsliste Pg. 575			
			Allgemeine Einrichtungen und wirtschaftliche Unternehmen				Tourismus			
			Aufwand	Ertrag	Zuschussbedarf	Zuschussbedarf je EW	Aufwand	Ertrag	Zuschussbedarf	Zuschussbedarf je EW
		2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025
			EUR	EUR	EUR	EUR/EW	EUR	EUR	EUR	EUR/EW
Salzwedel, Hansestadt	23.051	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	1.857.000	810.100	1.046.900	45,42	243.200	13.200	230.000	9,98
Bitterfeld-Wolfen, Stadt	36.677	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	61.000	100	60.900	1,66	197.000	4.400	192.600	5,25
Köthen (Anhalt), Stadt	24.009	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	0	0	0	0,00	0	0	0	0,00
Zerbst/Anhalt, Stadt	21.309	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	1.124.800	192.900	931.900	43,73	202.900	2.700	200.200	9,40
Haldensleben, Stadt	19.149	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	728.900	2.506.000	-1.777.100	-92,80	137.100	2.700	134.400	7,02
Oschersleben (Bode), Stadt	18.822	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	585.200	705.400	-120.200	-6,39	26.100	4.600	21.500	1,14
Naumburg (Saale), Stadt	32.088	Gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit				0,00				0,00
Zeitz, Stadt	28.366	Weggefallene dauernde Leistungsfähigkeit	883.900	320.900	563.000	19,85	324.000	41.200	282.800	9,97
Halberstadt, Stadt	37.714	Gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit	296.000	117.200	178.800	4,74	683.100	235.300	447.800	11,87
Quedlinburg, Welterbestadt	23.180	Gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit	964.100	130.900	833.200	35,94	90.500	1.286.000	-1.195.500	-51,57
Wernigerode, Stadt	32.320	Gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit	118.900	48.300	70.600	2,18	5.181.200	4.066.900	1.114.300	34,48
Burg, Stadt	22.450	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	836.300	138.300	698.000	31,09	180.600	45.300	135.300	6,03
Eisleben, Lutherstadt	22.644	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	272.700	965.400	-692.700	-30,59	9.600	100	9.500	0,42
Sangerhausen, Stadt	25.552	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	475.200	511.800	-36.600	-1,43	519.400	14.000	505.400	19,78
Merseburg, Stadt	34.313	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	285.949	757.690	-471.741	-13,75	325.016	25.000	300.016	8,74
Aschersleben, Stadt	25.741	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	1.614.500	800.400	814.100	31,63	0	0	0	0,00
Bernburg (Saale), Stadt	30.916	Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit	918.900	323.100	595.800	19,27	4.069.100	780.100	3.289.000	106,39

Schönebeck (Elbe), Stadt	30.419	Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit	2.799.500	156.400	2.643.100	86,89	51.300	29.200	22.100	0,73
Staßfurt, Stadt	23.293	Gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit	6.686.600	392.400	6.294.200	270,22	74.600	44.100	30.500	1,31
Stendal, Hansestadt	37.796	Weggefallene dauernde Leistungsfähigkeit	476.000	136.300	339.700	8,99	512.000	51.800	460.200	12,18
Wittenberg, Lutherstadt	45.350	Weggefallene dauernde Leistungsfähigkeit	1.170.500	2.683.300	-1.512.800	-33,36	1.927.200	210.000	1.717.200	37,87

Anlage 6

Auswertung der Daten des Haushaltskennziffernsystems

Stadt Sangerhausen – 19. FS HKK

Haushaltskennzahlensystem

Das Statistische Landesamt gibt den Kommunen seit dem Jahr 2022 die Möglichkeit Auswertungen der Daten aus dem Haushaltskennziffernsystem des Landes Sachsen-Anhalt zu Vergleichszwecken vorzunehmen. Der 19. Fortschreibung des HKK wurde deshalb eine solche Auswertung beigefügt. Für die Auswertung wurden nur Daten der Mittelzentren herangezogen.

Im Rahmen des Hauhaltkennziffernsystems wird eine Bewertung der Haushaltssituation nach einem Punktesystem vorgenommen. Danach erfolgt je nach erreichter Punktezahl eine Einstufung der Leistungsfähigkeit. Gegenwärtig liegen Daten von 20 Mittelzentren in Sachsen-Anhalt vor.

Demnach ist 2025 bei

- 3 Mittelzentren die dauernde Leistungsfähigkeit weggefallen,
- 6 Mittelzentren die dauernde Leistungsfähigkeit eingeschränkt,
- 4 Mittelzentren die dauernde Leistungsfähigkeit gefährdet,
- 7 Mittelzentren die dauernde Leistungsfähigkeit gesichert.

Allerdings sind diese Angaben teilweise vorläufig oder in Prüfung. Die Stadt Sangerhausen fällt im Jahr 2025 nach diesem Punktesystem anders als im Vorjahr („Eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit") unter die Kategorie „Gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit".

Die nachfolgenden Auswertungen basieren auf den Ansätzen der Haushaltspläne 2025 der Mittelzentren und entsprechen dem derzeitigen Stand der Meldungen zum Haushaltkennziffernsystem. Die Tabellen enthalten jeweils die Daten für die Stadt Sangerhausen und zum Vergleich die Daten der Mittelzentren mit dem jeweils höchsten und niedrigsten Zuschussbedarf. Die Einwohnerzahlen entsprechen dem Stand 30.06.2024, der vom Statistischen Landesamt im Rahmen des Haushaltskennziffernsystems zugrunde gelegt wird.

Produktbereich 1113 Zentrale Dienste	Aufwand 2025	Ertrag 2025	Aufwand ./. Ertrag	Zuschussbedarf je EW
Sangerhausen (25.552 EW)	4.293.100 € 168 € je EW	2.939.800 € 115 € je EW	1.353.300 €	52,96 €
Zum Vergleich: Staßfurt (23.293 EW) höchster Zuschussbedarf	3.727.600 € 160 € je EW	46.600 € 2 € je EW	3.681.000 €	158,03 €
Zum Vergleich: Köthen (24.009 EW) niedrigster Zuschussbedarf bzw. Überschuss	2.342.700 € 97 € je EW	2.482.900 € 103 € je EW	-140.200 €	-5,84 €

Der Produktbereich 1113 beinhaltet die zentralen Dienste und den Bauhof. Zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Wert besteht ein extremer Unterschied von 163,87 € je Einwohner. 2022 betrug diese Differenz sogar 261,89 € je Einwohner. Die Stadt Sangerhausen liegt mit 55,96 € wie schon im Vorjahr im unteren Bereich. Den höchsten und niedrigsten Zuschussbedarf hatten auch schon im Vorjahr Staßfurt und Köthen aufzuweisen. 11 Städte liegen deutlich höher als die Stadt Sangerhausen und 8 darunter. Um festzustellen, weshalb der Zuschussbedarf derart verschieden ist, wären detaillierte Informationen notwendig. Selbst wenn diese vorliegen würden, könnte die Stadt Sangerhausen ihren Zuschussbedarf in diesem Bereich niemals auf 0 € senken oder Überschüsse erzielen. Es ist davon auszugehen, dass hier die Herangehensweise der Zuordnung der Erträge und/oder Aufwendungen zu diesem Produktbereich in den Mittelzentren sehr verschieden gehandhabt wird.

Es kann auch sein, dass nicht überall die Leistungen des Bauhofs in Form von internen Leistungsbeziehungen dargestellt werden oder der Bauhof ausgegliedert wurde. Rückschlüsse für die Stadt Sangerhausen sind aus diesen Zahlen jedenfalls nicht möglich. Völlig unerklärlich ist, wie im Falle der Stadt Köthen in diesem Bereich ein Überschuss zustande kommt.

Produktbereich 1117 Gebäudemanagement	Aufwand 2025	Ertrag 2025	Aufwand ./. Ertrag	Zuschussbedarf je EW oder Überschuss je EW
Sangerhausen (25.552 EW)	1.824.000 € 71 € je EW	693.200 € 27 € je EW	1.130.800 €	44,25 €
Zum Vergleich: Schönebeck (30.419 EW) kein Zuschussbedarf, mit höchstem Überschuss	2.488.300 € 82 € je EW	5.462.500 € 180 € je EW	-2.974.200 €	-97,77 €
Zum Vergleich: Oschersleben (18.822 EW) höchster Zuschussbedarf	4.148.900 € 220 € je EW	1.144.800 € 61 €	3.004.100 €	159,61 €

Der Produktbereich 1117 beinhaltet das Immobilienmanagement und den Grundstücksverkehr. Hier gibt es Städte mit erheblichem Zuschussbedarf, aber auch 1 Stadt mit einem Überschuss. Die Stadt Sangerhausen liegt hier im Bereich der Städte mit einem relativ geringen Zuschussbedarf. Rückschlüsse, die der Konsolidierung zweckdienlich wären, sind aus diesen Daten nicht möglich. Zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Wert liegen 257,38 € je Einwohner.

Produktbereich 126 Brandschutz	Aufwand 2025	Ertrag 2025	Aufwand ./. Ertrag	Zuschussbedarf je EW oder Überschuss je EW
Sangerhausen (25.552 EW)	1.142.700 € 45 € je EW	378.100 € 15 € je EW	764.600 €	29,92 €
Zum Vergleich: Wittenberg (45.350 EW) höchster Zuschussbedarf	5.697.400 € 126 € je EW	340.100 € 8 € je EW	5.357.300 €	118,13 €

Der Produktbereich beinhaltet nur den Brandschutz. Hier hat die Stadt Sangerhausen, wie schon im Jahr davor den niedrigsten Zuschussbedarf zu verzeichnen. Den höchsten Wert hat wie im Vorjahr die Stadt Wittenberg gemeldet. Der Aufwand in Wittenberg ist 4mal höher als in Sangerhausen. Auch in Halberstadt liegt der Aufwand je Einwohner über 100 €. Laut Internet unterhalten beide Städte Berufsfeuerwehren. Der Aufwand für Berufsfeuerwehren und freiwillige Feuerwehren ist nicht vergleichbar.

Produktbereich 21 Allgemeinbildende Schulen	Aufwand 2025	Ertrag 2025	Aufwand ./. Ertrag	Zuschussbedarf je EW oder Überschuss je EW
Sangerhausen (25.552 EW)	2.756.700 € 108 € je EW	403.200 € 16 € je EW	2.353.500 €	92,11 €
Zum Vergleich: Zeitz (28.366 EW) höchster Zuschussbedarf	4.553.700 € 160 € je EW	901.400 € 32 € je EW	3.632.300 €	128,05 €
Zum Vergleich: Merseburg (34.313 EW) niedrigster Zuschussbedarf	1.308.398 € 38 € je EW	24.440 € 1 € je EW	1.283.958 €	37,42 €

Der Produktbereich beinhaltet die Grundschulen. 3 Mittelzentren liegen mit ihrem Zuschussbedarf über der Stadt Sangerhausen. Der Zuschussbedarf der Stadt Merseburg erscheint, wie schon in den Vorjahren, sehr niedrig.

Produktbereich 252 Nichtwissenschaftliche Museen, Sammlungen	Aufwand 2025	Ertrag 2025	Aufwand ./. Ertrag	Zuschussbedarf je EW oder Überschuss je EW
Sangerhausen (25.552 EW)	358.500 € 14 € je EW	46.000 € 2 € je EW	312.500 €	12,23 €
Zum Vergleich: Quedlinburg (23.180 EW) höchster Zuschussbedarf	1.167.000 € 50 € je EW	247.800 € 11 € je EW	919.200 €	39,65 €
Zum Vergleich: Aschersleben (25.741 EW) Eisleben (22.644 EW) Bitterfeld-Wolfen (36.677) niedrigster Zuschussbedarf	0 € 0 € je EW	0 € 0 € je EW	0 €	0 €

Der Produktbereich beinhaltet Museen. Die Städte Aschersleben, Lutherstadt Eisleben und Bitterfeld-Wolfen weisen hier weder Erträge noch Aufwendungen aus. Dies ist nicht ohne Weiteres nachvollziehbar, da es in diesen Städten Museen gibt. Wie diese Museen betrieben werden, ist nicht bekannt.

Produktbereich 27 Volksbildung	Aufwand 2025	Ertrag 2025	Aufwand ./. Ertrag	Zuschussbedarf je EW oder Überschuss je EW
Sangerhausen (25.552 EW)	290.500 € 11 € je EW	18.700 € 1 € je EW	271.800 €	10,64 €
Zum Vergleich: Köthen (24.009 EW) höchster Zuschussbedarf	653.700 € 27 € je EW	39.000 € 2 € je EW	614.700 €	25,60 €
Zum Vergleich: Aschersleben (25.741 EW) niedrigster Zuschussbedarf	0 € 0 € je EW	0 € 0 € je EW	0 €	0 €

Dieser Produktbereich beinhaltet Bibliotheken. Die Stadt Sangerhausen liegt hier im unteren Bereich.

Produktbereich 28 Örtliche Kulturaufgaben	Aufwand 2025	Ertrag 2025	Aufwand ./. Ertrag	Zuschussbedarf je EW oder Überschuss je EW
Sangerhausen (25.552 EW)	299.500 € 12 € je EW	128.700 € 5 € je EW	170.800 €	6,68 €
Zum Vergleich: Haldensleben (19.149 EW) höchster Zuschussbedarf	2.347.400 € 123 € je EW	374.400 € 20 € je EW	1.973.000 €	103,03 €
Zum Vergleich: Aschersleben (25.741 EW) niedrigster Zuschussbedarf	354.800 € 14 € je EW	227.500 € 9 € je EW	127.300 €	4,95 €

Das Produkt beinhaltet Heimat- und sonstige Kulturpflege. Hier liegt die Stadt Sangerhausen nach Aschersleben an zweitniedrigster Stelle.

Produktbereich 365	Aufwand 2025	Ertrag 2025	Aufwand ./. Ertrag	Zuschussbedarf je EW oder Überschuss je EW
Sangerhausen (25.552 EW)	12.657.800 € 495 € je EW	6.548.500 € 256 € je EW	6.109.300 €	239,09 €
Zum Vergleich: Haldensleben (19.149 EW) höchster Zuschussbedarf	12.704.600 € 663 € je EW	5.765.300 € 301 € je EW	6.939.300 €	362,38 €
Zum Vergleich: Schönebeck (30.419 EW) niedrigster Zuschussbedarf	15.470.200 € 509 € je EW	11.839.300 € 389 € je EW	3.630.900 €	119,36 €

Der Produktbereich beinhaltet die Kindertagesstätten. Lediglich 1 Mittelzentrum liegt mit seinem Zuschussbedarf unter 200 € je EW, 15 Mittelzentren liegen über 200 € je EW und unter 300 € je EW. 4 Mittelzentren liegen über 300 € je EW. Zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Zuschussbedarf liegen 243,02 € je EW. Rückschlüsse, warum der Zuschussbedarf derart unterschiedlich ausfällt, sind nicht möglich. Die Stadt Sangerhausen liegt hier mit ihrem Zuschussbedarf im mittleren Bereich.

Produktbereich 366 Einrichtungen der Jugendarbeit	Aufwand 2025	Ertrag 2025	Aufwand ./. Ertrag	Zuschussbedarf je EW oder Überschuss je EW
Sangerhausen (25.552EW)	402.200 € 13 € je EW	20.200 € 1 € je EW	382.000 €	14,95 €
Zum Vergleich: Haldensleben (19.149 EW) höchster Zuschussbedarf	1.002.900 € 52 € je EW	281.800 € 14 € je EW	721.100 €	37,66 €
Zum Vergleich: Halberstadt (37.714 EW) niedrigster Zuschussbedarf	96.900 € 3 € je EW	0 € 0 € je EW	96.600 €	2,57 €

Der Produktbereich beinhaltet die Jugendklubs und die öffentlichen Spielplätze. Hier liegt die Stadt im unteren Zuschussbereich. 5 Mittelzentren bleiben unter 10 € je EW. 4 Mittelzentren liegen über 30 € je EW. Warum hier die Unterschiede so erheblich sind, kann anhand der zur Verfügung stehenden Unterlagen nicht geklärt werden.

Produktbereich 42 Sportförderung	Aufwand 2025	Ertrag 2025	Aufwand ./. Ertrag	Zuschussbedarf je EW oder Überschuss je EW
Sangerhausen (25.552 EW)	1.121.900 € 44 € je EW	243.600 € 10 € je EW	878.300 €	34,37 €
Zum Vergleich: Salzwedel (23.051 EW) höchster Zuschussbedarf	2.273.900 € 99 € je EW	260.800 € 11 € je EW	2.013.100 €	87,33 €
Zum Vergleich: Bernburg (32.916 EW) niedrigster Zuschussbedarf	237.700 € 8 € je EW	31.600 € 1 € je EW	206.100 €	6,67 €

Das Produkt beinhaltet Sportstätten, Bäder und dgl. Auch hier liegt die Stadt im unteren Zuschussbereich. 10 Mittelzentren liegen hier bei einem Zuschussbedarf von über 50 € je EW.

Produktbereich 538 Abwasserbeseitigung	Aufwand 2025	Ertrag 2025	Aufwand ./. Ertrag	Zuschussbedarf je EW oder Überschuss je EW
Sangerhausen (25.552 EW)	328.000 € 13 € je EW	0 € 0 € je EW	328.000 €	12,84 €
Zum Vergleich: Staßfurt (23.293 EW) höchster Zuschussbedarf	1.207.900 € 52 € je EW	72.600 € 3 € je EW	1.135.300 €	48,74 €
Zum Vergleich: Haldensleben (19.149) Oschersleben (18.822) Quedlinburg (23.180) Wernigerode (32.320) Burg (22.450) Merseburg (34.313) Aschersleben (25.741) niedrigster Zuschussbedarf	0 € 0 € je EW	0 € 0 € je EW	0 €	0 €

7 Mittelzentren weisen weder Aufwendungen noch Erträge und damit keinen Zuschussbedarf aus. Warum das so ist, kann nicht nachvollzogen werden. Im Übrigen bewegt sich der Zuschussbedarf zwischen 1,02 € je EW und 48,74 € je EW. Es handelt sich bei der Stadt Sangerhausen um die Umlage an den Wasserverband. Bekanntlich hat die Stadt Sangerhausen auf die Höhe der Umlage kaum Einfluss, da es sich um nicht gebührenfähige Aufwendungen des Wasserverbandes handelt, die auf die Mitgliedsgemeinden umzulegen sind.

Produktbereich 5451 Straßenreinigung, Winterdienst, Straßenbeleuchtung	Aufwand 2025	Ertrag 2025	Aufwand ./. Ertrag	Zuschussbedarf je EW oder Überschuss je EW
Sangerhausen (25.552 EW)	1.490.600 € 58 € je EW	42.600 € 2 € je EW	1.448.000 €	56,67 €
Zum Vergleich: Eisleben (22.644 EW) höchster Zuschussbedarf	1.673.400 € 74 € je EW	84.500 € 4 € je EW	1.588.900 €	70,17 €
Zum Vergleich: Köthen (24.009 EW) niedrigster Zuschussbedarf	1.404.100 € 58 € je EW	1.111.600 € 46 € je EW	292.500 €	12,18 €

Die Stadt liegt hier im mittleren Bereich. 5 Mittelzentren liegen über dem Wert der Stadt Sangerhausen.

Produktbereich 551 Öffentliches Grün / Landschaftsbau	Aufwand 2025	Ertrag 2025	Aufwand ./. Ertrag	Zuschussbedarf je EW oder Überschuss je EW
Sangerhausen (25.552 EW)	1.339.100 € 52 € je EW	104.200 € 4 € je EW	1.234.900 €	48,33 €
Zum Vergleich: Bitterfeld-Wolfen (36.677 EW) höchster Zuschussbedarf	3.691.200 € 101 € je EW	189.700 € 5 € je EW	3.501.500 €	95,47 €
Zum Vergleich: Staßfurt (23.293 EW) niedrigster Zuschussbedarf	234.100 € 10 € je EW	86.600 € 4 € je EW	147.500 €	6,33 €

Die Tabelle zeigt extreme Unterschiede. 9 Mittelzentren, darunter Sangerhausen, liegen unter 50 € je EW.

Produktbereich 552 Öffentliche Gewässer / Wasserbauliche Anlagen	Aufwand 2025	Ertrag 2025	Aufwand ./. Ertrag	Zuschussbedarf je EW oder Überschuss je EW
Sangerhausen (25.552 EW)	380.200 € 15 € je EW	334.100 € 12 € je EW	46.100 €	1,80 €
Zum Vergleich: Köthen (24.009 EW) höchster Zuschussbedarf	525.500 € 22 € je EW	114.500 € 5 € je EW	411.000 €	17,12 €
Zum Vergleich: Bernburg (30.916 EW) niedrigster Zuschussbedarf bzw. Überschuss	363.700 € 12 € je EW	3.368.800 € 109 € je EW	-3.005.100 €	-97,20 €

Das Produkt umfasst u.a. die Umlage an den Boden- und Wasserverband, Gewässerunterhaltung und Hochwasserschutz. Warum die Stadt Bernburg hier einen derartig hohen Überschuss plant, ist nicht bekannt.

Produktbereich 573 Allgemeine Einrichtungen und wirtschaftliche Unternehmen	Aufwand 2025	Ertrag 2025	Aufwand ./. Ertrag	Zuschussbedarf je EW oder Überschuss je EW
Sangerhausen (25.552 EW)	475.200 € 19 € je EW	511.800 € 20 € je EW	-36.600 €	-1,43 €
Zum Vergleich: Schönebeck (30.419 EW) höchster Zuschussbedarf	2.799.500 € 92 € je EW	156.400 € 5 € je EW	2.643.100 €	86,89 €
Zum Vergleich: Haldensleben (19.149 EW) niedrigster Zuschussbedarf bzw. Überschuss	728.900 € 38 € je EW	2.506.000 € 131 € je EW	1.777.100 €	-92,80 €

Der Produktbereich beinhaltet Mehrzweckgebäude und sonstige öffentliche Einrichtungen, Märkte sowie Anteile an Unternehmen. 6 Mittelzentren weisen unter diesem Produktbereich Überschüsse aus, darunter die Stadt Sangerhausen. Dies ist auf Gewinnentnahmen, Konzessionsabgaben und dgl. zurückzuführen, welche insbesondere die Aufwendungen für die Mehrzweckgebäude und sonstigen öffentlichen Einrichtungen übersteigen.

Produktbereich 575 Tourismus	Aufwand 2025	Ertrag 2025	Aufwand ./. Ertrag	Zuschussbedarf je EW oder Überschuss je EW
Sangerhausen (25.552 EW)	519.400 € 20 € je EW	14.000 € 1 € je EW	505.400 €	19,78 €
Zum Vergleich: Bernburg (30.916 EW) höchster Zuschussbedarf	4.069.100 € 132 € je EW	780.100 € 25 € je EW	3.289.000 €	106,39 €
Zum Vergleich: Quedlinburg (23.180 EW) niedrigster Zuschussbedarf bzw. Überschuss	90.500 € 4 € je EW	1.286.000 € 55 € je EW	-1.195.500 €	-51,57 €

Die Mittelzentren Köthen und Aschersleben weisen unter diesem Produktbereich weder Erträge noch Aufwendungen aus, so dass der Zuschussbedarf bei 0 € je EW liegt. 13 Mittelzentren weisen Beträge unter 10 € je EW aus. Der Zuschuss der Stadt Bernburg ist mit 106,39 € extrem hoch. Danach folgt erst mit 37,87 € je EW die Lutherstadt Wittenberg.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Vollzeitäquivalente je 1.000 EW in den Kernverwaltungen und die Vollzeitäquivalente in den Bauhöfen der Mittelzentren.

	Einwohner per 30.06.2024	Zum Vergleich Vollzeit-äquivalente je 1000 EW Kernverwal-tung **2023**	Vollzeit-äquivalente je 1000 EW Kernverwal-tung **2024**	Vollzeit-äquivalente je 1000 EW Kernverwal-tung **2025**	Vollzeit-äquivalente Bauhof **2025**
Sangerhausen	**25.376**	**4,7**	**4,9**	**5,1**	**42,5**
Salzwedel	23.479	3,9	3,9	3,8	24,9
Bitterfeld-Wolfen*	37.746	6,2	6,3	6,5	55,3
Köthen	25.020	4,9	5,1	5,4	33,0
Zerbst	21.549	**3,7**	**3,7**	3,9	35,1
Haldensleben	19.149	5,4	5,6	5,5	47,5
Oschersleben	18.822	3,9	3,9	3,9	9,0
Zeitz	28.173	**6,8**	**6,6**	6,4	**8,3**
Halberstadt*	40.329	4,3	4,4	4,9	0
Quedlinburg	23.369	5,9	6,0	6,1	45,0
Wernigerode	31.910	5,3	5,4	5,2	40,0
Burg	22.450	5,0	5,7	5,7	45,8
Eisleben	22.611	4,8	4,8	4,9	0
Merseburg	34.414	4,3	4,6	4,6	**56,8**
Aschersleben	26.431	5,2	5,4	5,4	0
Bernburg	32.115	4,9	4,8	5,3	49,1
Schönebeck	30.364	5,9	6,2	6,4	45,3
Staßfurt	24.112	5,0	5,4	5,6	0
Stendal*	37.796	4,7	4,7	4,9	38,8
Wittenberg	45.747	5,9	6,1	6,5	0

*Diese Mittelzentren verfügen im Produktbereich 11, der u.a. den Bauhof beinhaltet, über Personal in ausgelagerten verbundenen Einrichtungen. Im Falle der Stadt Halberstadt ist anzunehmen, dass es sich dabei um Beschäftigte des Bauhofs handelt, da hier die Anzahl der Vollzeitäquivalente des Bauhofs mit „0" angegeben wird. Angaben zur Anzahl der Beschäftigten in den ausgelagerten Bereichen gibt es nicht. Bei Bitterfeld-Wolfen und Stendal kann nicht zwangsläufig geschlossen werden, dass es sich bei dem ausgelagerten Bereich um den Bauhof handelt, da hier Vollzeitäquivalente angegeben wurden. Die Städte Wittenberg, Staßfurt, Aschersleben und Eisleben haben zum Bauhof nichts angegeben, aber auch auf kein Personal in ausgelagerten verbundenen Einrichtungen verwiesen.

Auch im Jahr 2025 gibt es erhebliche Unterschiede bei den Vollzeitäquivalenten in der Kernverwaltung je 1.000 EW. Der niedrigste Wert liegt bei 3,8 Vollzeitäquivalenten in der Kernverwaltung je 1.000 EW, der höchste bei 6,5 Vollzeitäquivalenten in der Kernverwaltung je 1.000 EW. Die Stadt Sangerhausen liegt im Mittelfeld.

Zusammenfassend ist zu diesen Übersichten folgendes festzustellen:

An Hand der Auswertungen der Zuschussbedarfe aus dem Haushaltskennziffernsystem kann die Stadt lediglich feststellen, ob sie im Vergleich mit anderen Städten in dem jeweiligen Produktbereich einen vergleichsweise hohen oder niedrigen Zuschussbedarf hat. Die vorstehenden Tabellen machen deutlich, dass die Stadt Sangerhausen in keinem einzigen Bereich durch besonders hohe Zuschussbedarfe heraussticht. Es ist eher das Gegenteil der Fall, denn die Zuschussbedarfe der Stadt Sangerhausen bewegen sich im Wesentlichen im unteren bis mittleren Bereich. Andere Rückschlüsse sind aus den vorliegenden Daten nicht möglich. Insbesondere fehlen Informationen, warum der Zuschussbedarf in anderen Städten ggf. niedriger ist.

Konsolidierungspotentiale lassen sich daraus nicht herleiten. Dazu müsste man die Gründe kennen und selbst dann, bedeutet das nicht zwangsläufig, dass dieser niedrigere Wert auch in Sangerhausen erreichbar ist. Es gibt Faktoren, die man unter Umständen beeinflussen kann, aber auch solche, die man nicht beeinflussen kann.

Angesichts der extremen Unterschiede der Zuschussbedarfe muss davon ausgegangen werden, dass die Städte völlig verschiedene Voraussetzungen/Gegebenheiten mitbringen, die sich auswirken. Möglicherweise und dafür spricht einiges bei genauer Betrachtung gibt es auch Unterschiede bei der Handhabung der Zuordnung der Erträge und Aufwendungen zu den Produkten, so dass sich auch dadurch Verschiebungen ergeben. Hinzu kommt, dass die Erträge und Aufwendungen unter Umständen erheblichen Schwankungen unterliegen, da es auch einmalige Vorgänge geben kann, die zu Erträgen und/oder Aufwendungen führen, was den Zuschussbedarf entweder einmalig extrem in die Höhe treibt oder aber extrem sinken lässt.

Um Vergleiche anzustellen, aus denen Rückschlüsse möglich wären, müsste man deshalb die Entwicklung über die Jahre betrachten. Hinzu kommt, dass es sich lediglich um Planansätze handelt. Erfahrungsgemäß kommt es im Zuge der Haushaltsdurchführung häufig zu Abweichungen, so dass ein Vergleich mit Rechnungsergebnissen wahrscheinlich vorteilhafter wäre.